

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

116 (21.5.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80.3 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abloren 8.80 M.; durch die Post bezogen 8.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich, Einzelgen. 20.3. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Milliardenforderung der Entente.

Osag, 20. Mai. Aus London wird gemeldet: Daily Chronicle" bestätigt, daß in Sythie keinerlei Entscheidung über den von Deutschland zu zahlenden Betrag an Schadenersatz getroffen wurde und daß die Forderung nicht erfolgen werde, bevor die Deutschen gehört worden seien.

Berlin, 20. Mai. (Privat.) Nach Pariser Meldungen haben die Verhandlungen zwischen den Finanzfachverständigen, die jetzt in London wieder aufgenommen werden sollen, angeblich bereits zu der erhofften praktischen Lösung geführt. Millerand wird sich in den nächsten Tagen mit dem französischen Finanzminister nach London begeben, um mit Lord George und Chamberlain vollständig einig zu werden. In gut unterrichteter Stelle wurde angefragt, ob die hundert Milliarden in Gold, die Deutschland den Alliierten anbieten werde, angenommen werden sollen. Es wurde erwidert, daß diese Frage noch nicht geprüft worden sei. Nach anderen Meldungen allerdings wird Deutschland selbst auf die Forderung der Entente einen direkten Einfluss nicht ausüben können, sondern wird sich nur über die Art der Zahlung zu äußern haben.

Amsterdam, 20. Mai. Die "Westminster Gazette" schreibt zu dem Ergebnis der Konferenz in Dohse: Wir sind und bleiben davon überzeugt, daß es gar nicht unrichtig wäre, eine mögliche Entschädigung innerhalb 12-14 Jahren bezahlen zu lassen, wobei im Unterlassungsfall gewisse Strafen festzusetzen wären. Der Plan, von dem einige Korrespondenten berichten, eine Mindestsumme festzusetzen, deren Zahlung sich über einen Zeitraum von 30 Jahren erstrecken würde, und die Summe in dem Maße in die Höhe zu schrauben, wie Deutschland sich erholt und seine Zahlungsfähigkeit sich vermehrt, ist unersetzlich durch und durch schlecht. Man würde wahrscheinlich auf die Dauer gerade das Gegenteil des erhofften Erfolges erreichen. Niemand kann die künftige Entwicklung für eine so lange Zeit, wie es 30 Jahre sind, übersehen, und wir sind überzeugt, daß solche Gedanken niemals Wurzel gefaßt hätten, wenn die Staatsmänner, die sie am Leben erhalten, sich nicht nach dem Waffenstillstand selbst durch ihre Versprechungen die Hände gebunden hätten.

Die Frage der Kohlenlieferungen an die Entente.

Die Meldung eines Blattes, daß der Reichskohlenkommissar mit mehreren leitenden Beamten in der vergangenen Woche in Paris geweset sei, wird in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" bestritten. Auch auf französischer Seite sei der Wille zur Verständigung vorhanden und die schwebenden Fragen wurden sachlich besprochen. Endgültige Abmachungen konnten noch nicht getroffen werden, da von französischer Seite erklärt wurde, daß die letzten Entscheidungen dem Obersten Rat und der Wiedergutmachungskommission überlassen werden müßten.

Deutsch-französische Wirtschaftsbesprechungen.

Paris, 21. Mai. Gestern nachmittag haben im französischen Handelsministerium die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen begonnen. Ein Meinungsaustrausch über den Gegenstand der Beratungen und die Geschäftsfrage ergab willige Übereinstimmung. Sodann traten die beiderseitigen Sachverständigen zu Einzelbesprechungen zusammen.

Paris, 20. Mai. Hier tragen augenblicklich Delegierte wirtschaftlicher Verbände aus Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien, um einen Kongress des Welthandels vorzubereiten, der am 20. bis 26. Juli in Paris stattfinden soll. Zu diesem Kongress sollen auch später die Neutralen und die Mittelmächte zugelassen werden.

Die Weltversorgung der Welt.

Amsterdam, 20. Mai. Nach Zeitungsmeldungen aus Washington befaßt sich ein vom Präsidenten Wilson dem Senat zugewiesener Ausschuss mit den Umständen in der Weltversorgung der Welt. In der Einleitung wird hervorgehoben, daß die englische Politik, wie berichtet wurde, die Befestigung jeder fremden Konkurrenz in der Petroleumlieferung des Britischen Reiches und die Ausschließung der Oelfläche der fremden Länder erstrebe. Diese Politik sei auch in den besetzten Gebieten der Türkei befolgt worden, doch habe die englische Regierung der amerikanischen auf ihre Vorstellungen hin versprochen, daß künftig solche unterdrückende Behandlung, die den amerikanischen Interessen nachträglich sei, nicht mehr stattfinden werde.

Paris, 20. Mai. Nach einer Meldung des Londoner Korrespondenten des "Newspaper Herald" soll in Mesopotamien eine Anzahl Amerikaner, die nach Petroleumquellen suchen, von den englischen Behörden ausgewiesen worden sein. Das Staatsdepartement hat beim auswärtigen Amt Protest eingelegt.

Die Pfalz ohne Strom und Licht.

Mannheim, 20. Mai. Bei der Pfälzischen Ueberlandzentrale in Hornburg in der Pfalz sind gestern nachmittag wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeiter in den Zustand getreten, so daß die ganze Pfalz ohne elektrischen Strom und Licht war. Infolgedessen sind alle Betriebe mit Ausnahme der Polizeibetriebe, die eigene Werke haben, lahmgelegt worden. In Ludwigshafen stehen die Straßenbahnen still.

Zusammenstöße in Hamburg.

Hamburg, 20. Mai. Bei einer Straßenkollisionung Arbeiter in der Kaiser Wilhelmstraße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei und der Sicherheitswehr, bei dem 3 Personen getötet und 16 verwundet wurden.

Nachtransport aus Sibirien.

Berlin, 20. Mai. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer "Scotland Maru" mit den ersten deutschen Geiseln aus Sibirien trifft am 22. Mai in Brunsbüttel ein. Ein anderer Dampfer mit heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen aus Sowjetrußland wird am 21. Mai in Stettin erwartet.

Russisch-polnischer Krieg.

Warschau, 20. Mai. Der Feind fährt fort, seine Truppen in der Umgebung von Riew zu konzentrieren, Südlich von der Düna haben sich die polnischen Truppen nach längerem Kampf unter dem Druck des feindlichen Heeres auf eine neue Verteidigungslinie zurückgezogen.

London, 21. Mai. Reuters vernimmt, daß die Polische Armee im Verlaufe ihrer Operationen gegen die Polen auf einer Front von 40 bis 50 Kilometern um 30 Meilen vorgeückt seien und Lepel und Polozk genommen hätten.

Die italienischen Arbeiter gegen Munitionslieferungen. Mailand, 20. Mai. Der "Avanti" teilt mit, daß sich heute eine in Bologna stattfindende Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen mit der Frage beschäftigen wird, wie sich die Verwendung der Kriegsmaterialien usw. nach den Gebieten des Ostens verhindern läßt. Der allgemeine Arbeiterbund hat bereits angeordnet, daß das Auslaufen von vier Schiffen aus dem Hafen von Triest nach Rumänien mit Gewalt verhindert wird. In Linao an der schweizerischen Grenze wurden sieben Eisenbahnwagen mit Waren für Polen von den Eisenbahnern angehalten. In Savona weigerten sich die Hafenarbeiter, einen Dampfer mit Explosivstoffen zu verladen, da sie der Ansicht waren, daß diese für den Osten zum Kampfe gegen die Bolschewisten bestimmt seien.

Abermalige Fahrpreiserhöhung?

Wie die "Mannheimer Volksstimme" von gut informierter Seite vernimmt, geht man im Reichsverkehrsministerium mit dem Gedanken um, auf 1. Oktober d. J. eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife um hundert Prozent durchzuführen, um das Niedrigsein der Reichseisenbahnen wenigstens einigermaßen auszugleichen.

Der Zentrumsturm intakt?

Berlin, 21. Mai. Das Zentrum war gestern zu einem Fraktionsabschied vereint, bei welchem der Vorsitzende Lemmer sprach, daß die Fraktion gewissenhaft und unermüßlich gearbeitet habe. Es sei zu wünschen, daß vor allem der Verfassungsausschuss sich als kampffähig erweise. Das kameradschaftliche Verhältnis in der Fraktion sei gut. Der Abgeordnete Herold dankte dem Abg. Trimbora dafür, daß er es verstanden habe, trotz aller Gegenstände die Partei zu einigen.

Aus Elsaß-Lothringen.

St. Ludwig, 20. Mai. Elsaß-Lothringen feiert abermals vor einem neuen Generalstreik; der Verband der Eisenbahner, der Post- und Telegraphenbeamten und der Elsaß-Lothringische Gewerkschaftsbund haben an die französische Regierung und an den Generalkommissar der französischen Republik in Straßburg ein sehr bestimmt gehaltenes Ultimatum gerichtet. Der französischen Regierung war zur Verantwortung des Ultimatum ein Frist bis zum 17. Mai mittags 12 Uhr gestellt worden. Die Ultimatumfrist ist abgelaufen, aber die französische Regierung hat die elsaßischen Arbeiter- und Beamtenverbände ohne Antwort gelassen; man hat sich einmal eine Ablehnung der gestellten Forderung für eine am Sonntag den 9. Mai, in Straßburg abgehaltene Konferenz des Elsaß-Lothringischen Gewerkschaftsbundes hat sich im Prinzip bereits für einen zweiten Generalstreik ausgesprochen und den Zentralkomitee des genannten Verbandes die Ausführung der geforderten Beschlüsse übertragen.

Aus der Schweiz.

Der Kampf um den Achtstundentag ist in der Schweiz noch lange nicht erledigt; zwar ist durch das Gesetz derselbe anerkannt in der Form der 48 Stundenwoche, aber das Unternehmensrecht ist alle Gebel in Bewegung, um die Arbeitszeitregelung illusorisch zu machen. Zur Zeit steht das schweizerische Baugewerbe im Kampf; die Unternehmer verlangen von den Arbeitern, daß sie im Sommer sich zu einer wöchentlichen Arbeitszeit von 55 Stunden verpflichten, die im Winter entsprechend gekürzt, jedoch im Jahresdurchschnitt die 48 Stundenwoche herauskäme. Darauf sind aber die Arbeiter nicht eingegangen; sie erklärten, daß auch im Sommer die wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 48 Stunden betragen solle. Darauf haben die Unternehmer die Arbeiter des Baugewerbes an verschiedenen Orten ausgepersert, so in Bern, Zürich, Schaffhausen, Genf, Solothurn usw., während die Basler Bauunternehmer sich mit den Arbeitern auf die 48 Stundenwoche einigten und im Gegenzug zu ihren Kollegen anderer Orte auf die Auspersung verzichteten. Zur Zeit sind in der Schweiz ungefähr 12 000 Bauarbeiter ausgepersert.

Der schweizerische Bundesrat beginnt bereits recht ernstlich mit dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung; nach der Lage des Arbeitsmarktes sollen für eine ganze Anzahl von Branchen die Unterstützungen seitens des Bundes bezogen der Kantone aufgehoben werden, so namentlich für die Arbeiter des gesamten Baugewerbes für einige Branchen der Holzindustrie; für die Metallindustrie dagegen wird sie noch für die meisten Branchen beibehalten, weil hier der Arbeitsmarkt noch nicht die erwünschte Besserung aufweist. Je nach Lage des Arbeitsmarktes erhält das Volkswirtschaftsdepartement Vollmacht, die Unterstützung wieder auszudehnen oder die Einstellung auch noch auf einige andere Branchen auszudehnen.

Revision der Tiroler Grenze?

Wien, 20. Mai. Wie die Korrespondenz Herzog aus Innsbruck meldet, sprach sich in einer Versammlung der österreichischen Obersten Eisenbahnverwaltung für die Rückgabe Südtirols aus. Nur der Anschluß Südtirols an Deutschland könne die einzige annehmbare Lösung des Wirtworts in Mitteleuropa sein. Auch die amerikanische Regierung nehme in letzter Zeit eine ähnliche Stellung ein.

Die Eisenbahner in Frankreich streiken weiter.

Paris, 20. Mai. Der Sekretär des Eisenbahnerbundes Monmousson wurde gestern Abend in dem Augenblick verhaftet, als er die Sitzung des nationalen Bundeskomitees der Konferenzgeneralen in Traual verlassen wollte. In der Sitzung, in der der Rat gegen das Verhalten der Regierung protestiert hatte, hatte der Verhaftete erklärt, daß die Eisenbahnergewerkschaften den Streik fortsetzen würden.

Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen.

Von Theodor Thomas.

S.A. Es ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, besonders mit Rücksicht auf die Rolle, die unsere Gewerkschaften in den letzten Wählergruppen gespielt haben, ob es nicht sehr zu empfehlen sei, daß die Berufsvereine eigene Kandidaten aufstellen, die sich auf ein gewisses Mindestprogramm verpflichten. Die Befürworter glauben, dadurch trennende Strömungen zusammen zu fassen, Stimmen dorthin zu erhalten, die durch den Streit der Parteien verärgert sind.

Es sei anzunehmen, daß sich auf solche Gewerkschaftskandidaten alles vereinigt, was dem Parteistreit abhold ist. Dieser Vorschlag hat nur für oberflächliche Menschen etwas Bestehendes. Wer sich auf nur erster mit dem Plan befaßt, wird ihn ohne weiteres fallen lassen.

Unsere deutschen Gewerkschaftler sind viel zu sehr Partei-Menschen, als daß sie sich ihrer Rolle entziehen könnten. Wer glaubt, daß sich aus den rund acht Millionen auch nur erhebliche Teile für Gewerkschaftskandidaten entscheiden könnten, der irrt sich; in erster Linie wird die politische Ueberzeugung ausschlaggebend sein, sie allein wird in den allermeisten Fällen den Stimmzettel in die Hand drücken. Aber auch ganz abgesehen davon, müssen wir in einer solchen Liste eine große Gefahr erblicken. Die sich zur Wahl stellenden Männer sind eben doch auch politisch so oder so eingetriben. So käme in die gewerkschaftliche Fraktion bald genug der Keim der Zersplitterung.

Zeit den Wahlen zur Nationalversammlung sind wir an etwa 5 Millionen Mitglieder reicher geworden. In den Reihen der Landarbeiter, der Beamten, der Hausangestellten, der Angestellten im Kaufmannsberuf sind wie tief eingedrungen. Von dorthin können den sozialistischen Listen viel Stimmen zu. Leider sind wir nicht so sehr in die Tiefe gedrungen, wie in die Breite, aber gerade daraus ergeben sich für uns jetzt besondere Pflichten der Aufklärung. Für die Gewerkschaften ist die nächste Reichstagswahl eine verflucht ernste Sache. Bisher, solange wir politisch noch einig waren, stellte man sich in die Verfassung und warb einfach für den sozialistischen Kandidaten. Heute ist was die Frage nicht mehr so einfach, weil wir nun recht oft drei sozialistischen Listen gegenüberstehen. Mit dem Verlust des Nürnberger Gewerkschaftskongresses hat es in solchen Zeiten eine eigene Bewandnis. Der verlangt zwar den Parteien gegenüber "Neutralität", wer kann aber, wenn der Wahlkampf am höchsten acht, noch neutral bleiben? Besonders wenn auch die andere Seite auf Nürnberg weist?

Da gilt es, sich zu besinnen, auf das, was die Gewerkschaften groß und stark gemacht hat in jahrzehntelanger schwerer Arbeit; daß sie nie vergessen haben, mit beiden Füßen auf der Erde zu stehen, daß wir nie Wechsel ausgestellt haben, die wir nicht einlösen konnten, daß wir einfach gearbeitet haben, immer um das Erreichbare.

Wir sind dabei freilich gegenüber dem revolutionären Wortgepöhl ins Hintertreffen geraten, aber nicht in dem, was wir als Erfolg buchen konnten. Ist das nicht ein Vergleich, der in den beginnenden Wahlkämpfen recht oft herausgeholt zu werden verdient?

Das Scheidewasser des Gewerkschaftskampfes spült sofort alles ab, was Prahlerei und leerer Wortschwall ist, zurück bleibt nur das echte Gold.

Denken wir uns darauf. In jeder Wählerversammlung, in allen öffentlichen Auseinandersetzungen müssen wir immer aus unseren gewerkschaftlichen Erfahrungen heraus die politische Glaubensartikeln prüfen. Da wird die Frage: Was ist das? sehr oft erwiesen, es ist Flughaas, der sofort in alle Winde zerstreut, wenn der Sturm der praktischen Arbeit darüber hinweg fegt. Und so, wie in der Gewerkschaft jeder Hochflav und Weg fest. Und so, wie in der Gewerkschaft jeder Hochflav und Weg fest. Und so, wie in der Gewerkschaft jeder Hochflav und Weg fest.

Am besten wird es sein, immer auf den zähen, ununterbrochenen Kampf hinzuweisen, der der Arbeiterschaft erst zu den heutigen Erfolgen verholfen hat, der wesentliches beigetragen hat, daß die Gesinnung der Menschen dem Sozialismus von der anderen Seite Jünger zuführte. Wir in der Gewerkschaft vergessen nie, daß Sozialismus nicht nur am äußerlichen hängt, sondern auch mit in der Erneuerung des Menschentums liegt, ja hier eigentlich mit das Grundproblem zu suchen ist. Der Gewerkschaftler prüft also bei allen Reden: Geht es in die Tiefe, oder ist es aufgetriebener Firnis, der nur alles überpinseln will, ohne den inneren festlichen Umbau vorzunehmen? Da wirst du oft, sehr oft den Kopf schütteln und sagen: Nein, hierher führt mein Weg nicht, das ist Scheidewasser, Brockenammlung, keine klare zielbewusste Politik. Wenn wir so den Blick einstellen, unser Dör schärfen, werden wir auch in Gewerkschaftsversammlungen den rechten Ton finden, werden verstehen, daß wir mit Stangen nach der Sonne angeln und dabei mit den Füßen kostbare Schätze wie Demokratie einfach zertrampeln. Wir versprechen unseren Freunden die Sonne nicht, aber wir sorgen, daß ihre Strahlen, ihre Wärme, ihre Kraft nach und nach überall hinströmt. Gewiß schaltet uns der andere, der die Sonne verpricht: Seht den, der will die Sonne nicht. Es kommt aber der Tag, wo auch die anderen einsehen, wer den besten Teil erwählt hat.

So haben wir Gewerkschaftler zur Reichstagswahl Stellung zu nehmen, im Sinne eines Treuschwurs für demokratischen Sozialismus, zur sozialistischen Demokratie. Abstehe vom fanatischen Schlagwort, Erziehung zur politischen Mitarbeit. In diesem Sinne dürfen wir nicht neutral sein, sonst tritt einmal der Zeitpunkt ein, wo wir die ganze Macht der Gewerkschaften für die Aufrechterhaltung der Demokratie einsetzen müssen. Heute können wir es billiger haben, wenn wir auf dem Damm sind.

Schwer und kampfreich ist der Weg bis zum 6. Juni, aber schön und herrlich das Ziel, das uns winkt, wenn wir als Gewerkschaftler unsere Pflicht tun.

Seite 6.
ilung
Mai 1920.
Preise von
198.
Preise von
88.
von 7.50 M.
Preise von
188.
zum Preise
gegen die
Sausholt,
die Saus-
von 8.— M.
Sausholt,
gegen die
Preise von
n Meinen-
von 6.20 M.
Pudermerke
Bund gem.
Gramm
Fund in
en 19. Mai
8. Sonder-
"Selbstver-
von 4.50 M.
98 in den
19. Mai.
Margarine
das Fund
D 188.
bis Don-
en 20. bis
2. Mai bis
20.
machung.
Preise von
in die Star-
ntmachung
50 Gramm
Bafel zum
die Zufab-
A 188.
ferung der
auf der Ber-
Mittwoch,
gint am
i sind zu
0 Gr.
amm.
1282
arlsruhe.
her Rollen
Druckpapier
5708
H.,
son 5755.
uch & C
hrung:
ld-
speise
25
00=
g-
peise
50
uch & C

Politische Uebersicht.

Vorpostengefächte.

Am Sonntag fanden bereits in Braunschweig die Wahlen zum Landtag und in Danzig solche zur Verfassunggebenden Versammlung der künftigen freien Stadt statt. Beide Wahlen haben ein Anschwellen der reaktionären und ein Zurückgehen der sozialistischen und demokratischen Stimmen gebracht. Das Beispiel von Braunschweig zeigt in hohem Maße, die Früchte jener Politik, die von ganz links betrieben wird und als deren Endziel die Diktatur des Proletariats gepriesen wird. Seshy Derters Spielerei mit der Räterepublik hat den Sozialisten ungemessen geschadet und den Boden vorbereitet, auf dem der Weizen der Reaktion so vorzüglich gedeiht. Natürlich ist auch der Bruderzwist innerhalb der Arbeiterschaft nicht ohne Einfluß geblieben. Er hat die sozialistischen Kräfte geschwächt und dem Proletariat die Stützkräfte genommen, der es die großen Erfolge der Vergangenheit verdankt. Wenn die Unabhängigen über ihren Erfolg in Braunschweig jubeln, so haben sie dazu gar keinen Anlaß. Nicht die Werbekraft der unabhängigen Ideen, sondern die furchtbare Notlage, in der sich das Volk und vor allen Dingen die Arbeiter befinden, erleichtern ihre Position. Die U. S. P. übersteht dabei ganz, daß in diesem Wahlkampf nicht die Entscheidung zwischen S. P. D. und U. S. P., sondern zwischen Kapitalismus und Sozialismus fallen muß. Vom sozialistischen Standpunkt aus ist es daher ganz gleichgültig, ob eine sozialistische Partei geschwächt und die andere gestärkt wird.

Veider vermischt man aber bei den Unabhängigen diese große Linie. Ihnen ist der Sozialismus völlig gleichgültig, wenn nur sie als Partei Stimmen und Mandate gewinnt. Der Ausgang dieses Vorpostengefächtes hat klar gezeigt, daß bei der Fortsetzung des Kampfes innerhalb der Arbeiterschaft dieselbe an Einfluß verliert und umgekehrt das Bürgertum an Macht gewinnt.

Wir haben unser Bestes getan, um den Einfluß der Arbeiterschaft zu sichern und zu vergrößern. Braunschweig lehrt, daß die Unabhängigen zwar sich genügt, aber dem Sozialismus unendlich geschadet haben. Nur eine starke Sozialdemokratie kann den Ansturm der Reaktion abwehren, die Republik sichern und den Sozialismus über die Demokratie erkämpfen.

Schwarz-weiß-roter Wahlschwindel und Volksbetrug.

Mit einem schwarz-weiß-rot umrahmten Wahlflugblatt sind nun auch die Deutschnationalen auf dem Plan erschienen. Die Herrschaften haben ja früher schon die Reichsfarben für den Volksbetrug und für den Wahlschwindel mißbraucht, sie sind die alten geblieben, wenn sie auch der banalste gewordenen Firma einen neuen Namen gegeben haben.

Sie reden von den „angsterfüllten Parteigrößen der Mehrheit“. Alle heutigen deutschnationalen Kaulaufreiter sind am 1. November feige ins Raujoch gestiegen, aus schlotternder Angst, vom Volke für die Todlinden während des Krieges haftbar gemacht zu werden.

Sie leugnen die Mitbeteiligung am Staatsstreich vom 13. März. Natürlich, weil er mißlungen ist. Wäre der verbrecherische Anschlag aber gelungen, wie hätten sich dann die Deutschnationalen sofort als Staatsreichsgewinnler nach vorne gedrängt und jeder dieser Sippe würde mit seinen Lehren bei den Vorbereitungen laut gepöhlert haben. Für Gotteslohn und für das Vaterland hat doch noch niemals einer von ihnen eine Hand gerührt. Es mußte schon ein Amt, ein Titel oder mindestens ein Orden herausbringen. Sie fragen, wo die Versprechungen des 9. November geblieben sind?

Diese deutschnationalen Volksbetrüger sollen einmal nachweisen, ob Versprechen damals gemacht worden sind.

Was aber haben sie zu Beginn und während des Krieges versprochen?

Noch niemals ist ein Volk frivoler, elender und brutaler mit heuchlerischen Versprechungen traktiert und angelogen worden, als das deutsche Volk gerade durch die Kreise, die heute die deutschnationale Partei bilden.

Der Frieden kam nicht. Allerdings. Die Deutschnationalen und ihre militärischen Spießgesellen haben der Entente immer wieder Vorwände geliefert.

Und die Politik der Deutschnationalen, also der ehemaligen Konföderation, Nationalliberalen, Reichsparteilern und Antisemiten, hat Deutschland berart in der Welt verächtlich gemacht, daß es schwer war, von diesem gigantischen Sündenbündel loszukommen.

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjew.

Katia setzte sich leicht neben ihre Schwester und begann die Blumen zu ordnen. Das Windspiel, das Ziti hieß, kam schweißbedeutend nacheinander zu den beiden Gästen und stieß mit seiner kalten Nase gegen ihre Hände.

„Sagt du die alle selbst gepflückt?“ fragte Frau Dinzoff.

„Ja,“ antwortete Katia.

„Wird die Tante zum Tee kommen?“

„Gewiß.“

Wenn Katia sprach, spielte um ihre Lippen ein anmutig-süchternes, freimütiges Lächeln, wobei sie mit einer gewissen anmutigen Strenge von unten nach oben bläute. Alles an ihr atmete noch die Frische der Jugend: sowohl die Stimme und der leichte Flaum ihres Gesichts wie auch die roten Hände mit den weißlichen Ringen auf der inneren Fläche und die etwas schmalen Schultern. . . .

Wessilow errötete sie und ihr Atem ging sehr rasch.

Frau Dinzoff wandte sich zu Basaroff.

„Es geschieht nur aus Höflichkeit, daß Sie die Photographien betrachten, Eugen Wassilitsch,“ begann sie. „Die werden Sie nicht interessieren. Kommen Sie lieber zu uns und lassen Sie uns über irgend etwas streiten.“

Basaroff näherte sich.

„Mit Vergnügen. Aber worüber sollen wir streiten?“

„Worüber Sie wollen. Ich sage Ihnen aber zum voraus, daß ich sehr kampflustig bin.“

„Ja ich. Das scheint Sie zu wundern. Warum?“

„Weil Sie, soweit ich es beurteilen kann, ein ruhiges und kaltes Temperament haben. Zum Streiten aber gehört eine gewisse Hitze.“

„Wie haben Sie mich in so kurzer Zeit kennen lernen können? Ertlich müssen Sie wissen, daß ich ungeduldig und hartnäckig bin — fragen Sie nur Katia — und dann werde ich sehr leicht hitzig.“

Basaroff sah Anna Sergejewna schweigend an.

Freiheit. In Deutschland sollen sie nur Schieber haben. Als ob nicht die total veränderte Wirtschaft und Kriegspolitik, die die Deutschnationalen betrieben haben, uns joch jammervolle Zustände gebracht hätten, daß das Schiebergeschmeiß geübt werden mußte. Wir sind dessen sicher: gerade das Vorgehen der Mehrheitsparteien gegen die Schieber, wird sie alle in das Lager der Deutschnationalen treiben. Dort gehören sie auch hin: gleich und gleich gesellt sich dann. Die politischen Schieber und die Warenausfuhrer gehören zusammen, beide sind Schmarotzer am Volkstempel.

Wrot. Statt rechtzeitig auf die Sozialdemokratie zu hören, und sofort nach Kriegsausbruch vernünftige Ernährungs- und Produktionspolitik zu treiben, haben die die deutschnationale Partei bildenden Kreise jede zweckmäßige Regelung verhindert. Ruhe und Ordnung. Die ungeheuerliche Mißwirtschaft der Monarchie und der Militärs, die landwässigen Auswüchse des Kapitalismus haben den Nährboden geschaffen, auf dem die Unruhen gedeihen konnten. Und die Deutschnationalen haben mit Spartakus und den Unabhängigen solange gegen die Regierung und den neuen Staat gehetzt, daß der Ausbruch der Leidenschaften erklärlich wurde.

Vom Bankrott rehet die deutschnationale Gesellschaft. Sie hat das Reich finanziell an den Abgrund geführt und jede wirkliche Erfassung des Reiches verhindert.

Wenn alle Steuerbrüder gegen aus der deutschnationalen Gemeinschaft auscheiden müßten, wie dünn würden dann die Reihen sein.

Entscheidung der Grenze gegen die Ostjuden. Wirkamer im Interesse des deutschen Volkes wäre, wenn man die deutschnationalen Volksbetrüger deportieren könnte. Aber kein Volk der Welt würde diese Bande mit solcher Engelsgebild und solange ertragen, wie das deutsche Volk.

Vom Christentum wird in dem Flugblatt geredet. Wehe den Deutschnationalen, wenn der Nazarener kommen könnte und im Vorhofe aller Institute, wo aus dem Schweiß und aus der Arbeit des Volkes Profit gemacht wird, die Deutschnationalen antreffen würde. Er würde diesen Profitjägern nicht schlecht um die Ohren hauen.

Das Christentum im Munde der Deutschnationalen ist eine Heuchelei, wie das Vaterland in ihrem Munde eine Phrase ist.

Mit dem Volksbetrug haben sie sich früher erhalten, mit ihm wollen sie auch jetzt wieder ihre unehrlichen politischen Geschäfte machen.

Das deutschnationale politische Schieber- und Schleichhändler-tum geht auf den Gang aus. Die Wähler sollen abermals schwer betrogen werden. Die schwarz-weiß-rote Flagge und das Christentum sollen den Fasel deden.

Deutsche Wähler! Werft die Gesellschaft zum Hause hinaus, wenn sie sich sehen läßt.

154 Todesurteile fällt.

Die Reichsregierung hat Anweisung erlassen, die die Tätigkeit der Anklagebetreiber bei den außerordentlichen Kriegserichtungen neu regelt und die Tätigkeit derselben wesentlich einschränkt. Insbesondere ist bestimmt worden, daß alle noch in Haft befindlichen Personen, die vor dem 2. April 1920 in Abwehr des rechtswidrigen Angriffs der Kappleute auf die Verfassung an sich strafbare Handlungen begangen haben, sofort aus der Haft entlassen werden. Bezüglich der ergangenen Urteile der außerordentlichen Kriegserichte ist eine sofortige Nachprüfung angeordnet worden. Die Vollstreckung von insgesamt 154 Landesgerichtlichen Todesurteilen ist bereits durch Verfüzung des Reichspräsidenten ausgesetzt und die Nachprüfung dieser Fälle im Wege eines geregelten gerichtlichen Verfahrens angeordnet worden.

Katastrophaler Rückgang der Kommunisten.

In einer in Chemnitz abgehaltenen Kommunistenversammlung teilte der bekannte Kommunist Otto Rühle mit, daß die kommunistische Partei (Spartakusbund) in ganz kurzer Zeit von 150 000 Mitgliedern heruntergegangen sei auf 30 000, die wahrscheinlich heute auch nicht mehr vorhanden seien.

Spartakus macht Geständnisse.

Wer leistet der Reaktion Dienste?

„Es ist selbstverständlich, daß die Bedingungen des Vieseler Abkommens. D. Med. loyal erfüllt werden müssen. Die Reaktion darf keinen Vorwand finden, an dem Vieseler Abkommen zu rütteln. Daher ist auch die sofortige Waffenabgabe notwendig. Unlautere Elemente dürfen kein Gewehr behalten, anderenfalls sind schwere Ausfälligkeiten unvermeidlich. Dadurch würde die gute Sache der Revolution aufs schwerste herabgewürdigt werden.“

„Es ist jedoch zu befürchten, daß unlautere Elemente den Versuch unternehmen, die glatte Erledigung der Verpflichtungen zu hindern, entweder um der Reaktion Dienste zu leisten oder um Unruhen und Putzche herbeizuführen, in der Hoffnung, dadurch Gelegenheit zu Pländerungen zu finden. Dergleichen Elemente“

mente haben bisher schon viel Unheil angerichtet und den Kampf des Proletariats geschädigt. Derartige Elemente müssen rücksichtslos unschädlich gemacht werden.

Wenn nicht anders möglich, müssen sich die ehrlichen Revolutionäre, müssen sich die organisierten Arbeiter zusammenschließen zur Unterstützung der Volkswehr, um mit dieser zusammen die Schädlinge zu entmannen und einzufangen.“

So steht wörtlich an der Spitze des „Spartakus“ (Organ der kommunistischen Partei Deutschlands) vom 4. April 1920.

„Vom Dolchstoß in den Rücken des Heeres.“

Zwei Dokumente: Wer hat den Krieg verloren? Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918.

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Arme nicht warten. Er hätte Cure Erzellens bringen muß, alles zu tun, damit das Angebot auf allerhöchste Weise durchläufe.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf anfe, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sein müsse, und bittet Cure Erzellens, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkpruch von Nauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne. gez. Versner.

Oindenburg an den Reichskanzler. Berlin, den 8. Oktober 1918.

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der macedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden auszuwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich, und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder veräumte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Diese beiden Schriftstücke sind der dokumentarische Beweis, daß der Krieg infolge militärischer Niederlagen verloren ging.

Erhöhte Kohlenlieferungen an die Presse während der Wahlbewegung.

Zur Versorgung der Presse mit genügen Papiermengen für die Wahlen ist, wie den „R. P. R.“ mitgeteilt wird, auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers von seiten des Reichskohlenkommissars eine erhöhte Belieferung der Druckpapierfabriken für den Monat Mai erfolgt. Durch die Ueberweisung von 2000 Tonnen Anthraziten, 2000 Tonnen schlesischer Steinkohlen und 1000 Tonnen Braunkohlen sind die Zeitungsdruckpapier- und Zellstoffabriken in die Lage versetzt worden, ihre Produktion derart zu steigern, daß sie den erhöhten Anforderungen auf Papier für die Wahlbewegung genügen können.

Grausamkeiten polnischer Weißgardisten.

Polen. Ein Funkpruch aus Nikolajew meldet: In Odesa eingetretene Eisenbahner aus dem Gebiet von Schmerintin erzählen von ganz unvorstellbaren Grausamkeiten polnischer Weißgardisten gegenüber russischen Eisenbahnern. Letztere wurden aus dem Dienst entlassen und an ihre Stelle trat polnische Legionäre eines Eisenbahnerbataillons. Die Entlassenen mußten in 24 Stunden ihre Dienstwohnungen räumen; ihre Sachen durften sie nicht mitnehmen. Als die Polen in Schmerintin einrückten, wurden zahlreiche Eisenbahner verhaftet, von denen die Mehrzahl erschossen wurde. Die Polen lösteten alle Notgardisten, die in Gefangenschaft gerieten und schonten nicht einmal die Verbundenen in den Lazaretten.

Der Auswanderungsgedanke in der Pfalz.

Landwirtschaften. Eine aus allen Schichten der Bevölkerung stark besuchte Auswandererversammlung zeigte, in wie weitgehendem Maße der Auswanderungsgedanke bereits Fuß gefaßt hat.

Anna Sergejewna schüttelte mit dem Kopfe.

„Die Bäume des Waldes!“ wiederholte sie. „Nach Ihrer Ansicht gibt es also keinen Unterschied zwischen dummen und geistvollen, zwischen guten und schlechten Menschen?“

„Doch — wie zwischen Kranken und gesunden Menschen. Die Lungen eines Schwindsüchtigen sind nicht in demselben Zustande wie bei Ihnen und bei mir, obgleich ihr Bau derselbe ist. Wir kennen annähernd die Ursache körperlicher Krankheiten was die moralischen angeht, so entspringen sie aus schlechter Erziehung, aus all den verschiedenartigen Missetaten, mit denen man uns von Kindheit an den Kopf vollprobt, kurz aus unsern erbärmlichen sozialen Zuständen. Man verbessere die Gesellschaft und man wird keine Krankheiten mehr haben.“

Basaroff sprach diese Worte mit einer Miene, als wollte er sagen: „Es ist mir völlig gleichgültig, ob Sie mir glauben oder nicht!“ Er fuhr sich langsam mit den langen Fingern durch den Bart und ließ die Blicke durch das Zimmer gleiten.

„Und Sie glauben,“ sprach Anna Sergejewna, „daß es, wenn die Gesellschaft reformiert wäre, keine dummen und schlechten Menschen mehr geben werde?“

„Wenigstens wird es, wenn die Gesellschaft gut und vernünftig eingerichtet ist, vollständig gleichgültig sein, ob ein Mensch dumm oder geistvoll, schlecht oder gut ist.“

„Ja, ich verstehe Sie; alle werden die gleiche Milch haben.“

„Ganz recht, gnädige Frau.“

Frau Dinzoff wandte sich zu Arkadi.

„Und was ist denn Ihre Meinung, Arkadi Nikolajewitsch?“ fragte sie.

„Ich stimme Eugen bei.“

Katia sah ihn von der Seite an.

„Sie setzen mich in Erstaunen, meine Herren,“ erwiderte Frau Dinzoff; „aber wir werden auf das alles näher eingehen. Ich höre, die Tante kommt zum Tee, wir müssen ihre Ohren hören.“

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 1
Der C
wurde di
am Die
Petersbu
militäris
wurden
und hat
angelegt
russisch
in fra
Geschichte
der groß
An
des Stat
auf ver
Renge
Der B
Position
Kommiss
ordnung
No
Auf
setz. An
Baben
Gesuch
zweien
nierung
fundig
Baben i
frage de
gangs
Preisstr
mit, da
schlechte
Zufällig
Unträge
Auf ein
Wangel
daß im
16
die Be
Spiderr
Loni f
häuser
terhöf
läßt, d
organisi
Minde
De
für je
auf ein
in De
Staats
Eia
zu gen
Da die
artig
das A
W
Jorge u
der, n
sonder
heim
im S
rade i
Strop
schon i
Jorg
aufme
erg
Ergö
ber in
nefu
daß fi
nimmt
Somme
aufge
reicher
weide
ber
ung
die A
dem S
itätun
die S
tom
Wah
Stimm
Schlo
auch
(Zit.
Abg.
Ruben
Neger
Staats
2. ein
ratun
beru
nodm
wech
licht
faßu
wied
wied
lann
lung

Der Empfang der britischen Arbeiterdelegation in Petersburg.

St. Petersburg. Nach einem Petersburger Funkpruch wurde die britische Arbeiterdelegation, die die russische Grenze am Dienstag voriger Woche passierte und am Mittwoch in Petersburg eintraf, außerordentlich feierlich empfangen.

Politisches Geheimbüro in Mecklenburg.

Am 18. Mai ist in Schwerin ein politisches Geheimbüro des Stabschefen von Mecklenburg ausgetreten worden. Ferner wurde auf verschiedenen Gütern in der Nähe von Witrow eine große Menge Waffen, Munition und Flugzeugteile beschlagnahmt.

Badischer Landtag.

Der Vorschlag des Arbeitsministeriums genehmigt. Die Kommission über Förderung der Rechtsauskunftsstellen geht an die Kommission zurück. Unveränderte Annahme der Besoldungsordnung unter Zulage rascher Nachprüfung mit rückwirkender Kraft.

gr. Karlsruhe, 20. Mai.

11. öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.05 Uhr. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Mayer-Karlstraße (D.N.) betr. Aufhebung des Verbots des Glücksspiels in Baden-Baden teilt Minister Memmele mit, daß es sich hier um ein Gesetz von vier privaten Gesellschaften handelte, wovon dann gemein der Baden-Badener Stadtrat dies gestattete.

Beschluss des Arbeitsministeriums.

Abg. Maß (Ztr.): Die gemeinschaftliche Besoldung darf die Berufsausübung der Lehrlinge nicht hemmen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) tritt für das Mütterheim in Heidelberg ein, das sich bereits an die Regierung um Staatszuschuß wandte, die sie jedoch an die Städte verwies.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Abg. Frau Fischer-Karlstraße (Soz.): Die Kleinkinderfürsorge und die Bekämpfung der Tuberkulose wird immer dringender, nachdem die Tuberkulose immer härter zunahm.

Die Verteidigungsschrift eines reaktionären Putzschiffen.

Vom Manneswort der Offizierskreise.

Der stiefbüchlich verfolgte Oberst Bauer verfaßt einseitigen über genügend Ruhe, um in einem Münchener Verlag eine Verteidigungsschrift des 13. März herauszubringen.

„Er (Lüttich) hatte seit langem die übrigen leitenden Offiziere der Reichswehr über seine Auffassung der Lage orientiert und seiner Ansicht nach auch überzeugt.“ (S. 8.)

Lüttich setzte sich mit den Truppenführern und den Führern der Sicherheitspolizei in Verbindung, ein Teil unterstellte sich ihm bedingungslos, ein Teil war noch unentschieden. Die Haltung der Sicherheitspolizei war besonders wichtig, denn es sollte ein Kampf zwischen Truppen, bezw. zwischen Truppe und Polizei auf alle Fälle vermieden werden. (S. 15.)

(Aus dem Kapitel „Der 13. März 1920“): General Lüttich begab sich in das Reichswehrministerium und übernahm dort die Geschäfte des Reichswehrministers, behielt aber gleichzeitig das Oberkommando des Gruppenkommandos I bei. Einige wenige Offiziere vom Stab des Gruppenkommandos, die dem Unternehmen, von dem sie übrigens Kenntnis gehabt hätten, ablehnend gegenüberstanden, legten ihre Posten nieder. Die übrigen verpflichteten sich zur Mitarbeit unter den neu geschaffenen Verhältnissen. Die Kommandeure der Truppenteile und der Sicherheitspolizei wurden herbeigerufen und sagten ihre Gefolgschaft zu, so daß tatsächlich am 13. Vormittag die gesamten Stäbe und Truppen des Gruppenkommandos sowie die Sicherheitspolizei sich für Lüttich erklärten. (S. 16.)

Außerordentlich interessant wird die Stellung des Generals von Duen durch Bauer geschildert. Im Anschluß an die zitierte Stelle heißt es nämlich:

Nur der Führer des Wehrkreiskommandos III, General v. Duen, wurde vorläufig von seinem Posten entlassen, weil er eine sehr unklare Stellung eingenommen hatte. Er kam am Nachmittag dieses Tages in das Reichswehrgruppenkommando und gab Lüttich die Zusicherung, daß er stets für das Unternehmen gewesen sei und sich Lüttich von vornherein zur Verfügung gestellt habe. Auf diese Erklärung, die von v. Lüttich geglaubt wurde, wurde er in seine Stellung wieder eingesetzt. (S. 23.)

Später schildert Bauer, wie am 17. März vormittags plötzlich „Ein Haufen Generale und Stabsoffiziere“ erschien und Lüttichs Rücktritt verlangte. Am Nachmittag versammelten sich die Kommandeure der Reichswehr. Bauer schreibt: Von Anfang an war klar, daß die Saat des Verrats (!!) auch unter ihnen aufgegangen war. General v. Duen sprach sich zweifellos unter dem Einfluß seines Chefs, des Oberleutnants Wehll, in scharfsten Worten gegen General v. Lüttich aus und forderte dann — ich glaube nicht richtig zu hören — diejenigen auf, die noch für Lüttich seien, sich zu melden. Es waren neben Vorbetenkapitän Ehrhard und seinen Offizieren noch etwa ein halbes Dutzend. Der Rest war gegen Lüttich. Jetzt hätte es nur noch ein Mittel gegeben. Aber Freiberger von Lüttich, aufs tiefste erschüttert, war dazu nicht mehr zu haben. (S. 26.)

Das „eine Mittel“ wäre natürlich der blutigste Terror gewesen, wie er mit dem Erdrückungsberuf schon angebahnt war. Mit Hinsicht auf dieses „eine Mittel“ sind auch folgende Sätze interessant: Von allen Seiten liefen Mahnungen ein, gegen die Juden einzuschreiten. Ich lehnte jedoch ab. Es wäre nichts einfacher gewesen, als ein Judenpogrom zu inszenieren, das die breiten antisemitischen Kreise sofort zu aktiver Mitarbeit herangezogen hätte.

Den Generalen v. Schöler und v. Watter bescheinigt Oberst Bauer, daß sie sich „zunächst auf keine Seite gestellt“ haben. — Alle diese Feststellungen eines Putzschiffers werden die rechtsstehende Presse außerordentlich in Verlegenheit bringen, die ja immer behauptet, daß die Reichswehr gar nicht mitgemischt habe und daß alle Entlassungen nur dem blinden Nachdruck entsprungen.

der Berichterstatter nicht seine persönliche Auffassung vertritt, sondern nur ein Mandat des Hauptausschusses erfüllt. Das vorliegende Gesetz ist grundrätiger Art. Das frühere Gehaltsgesetz erforderte 41 Sitzungen, was eine Arbeit von zwei Monaten erfordert. Die heutige grundlegende Reform hätte bei minutöser Prüfung eine Ausschussarbeit von zwei bis drei Monaten erfordert. Das wäre jedoch nicht nur nicht im Interesse des Landes, sondern auch nicht im Interesse der Beamten gelegen; da dann die Beamten erst viel später in den Besitz des Geldes gekommen wären und wir hätten vorläufige Vorhüsse gegeben. Dies ist jedoch nicht im Interesse der Beamten gelegen. Um den Beamten rasch zu helfen, hat man sich entschlossen, gegenwärtig von einer Einzelprüfung abzusehen und beschloß eine Enblos-Annahme unter dem Vorbehalt, daß bis zum 31. Dezember 1920 eine Nachprüfung mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 vorgenommen wird. Eine Kategorie herauszugreifen, hält der Ausschuss für unzulässig. Der Haushalt hat sich nicht der Bedeutung des Lehrerberufes verschlossen; er war jedoch der Ansicht, daß auch die andern Beamtengruppen zu beachten sind. Durch diese Enblos-Annahme behält man sich alles für die Nachprüfung vor. Mit der Enblos-Annahme wird nicht über die Wünsche hinweggegangen und man behält sich alles für die endgültige Nachprüfung vor. Mit der Einreichung einer Beamtengruppe in eine bestimmte Gehaltsgruppe wird gegenwärtig keine Wertung geschaffen, sondern es wird nur ein Provisorium geschaffen. Nicht zu verkennen ist, daß durch die Enblos-Annahme gewisse Unstimmigkeiten bestehen bleiben, die jedoch immer als Provisorium gelten. Der Gehaltsstarif baut sich auf auf Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzuschlag, wozu der Feuerungszuschlag kommt. Durch das Gesetz wird eine bestimmte Garantie geschaffen, daß die Beamten nach einer bestimmten Zahl von Jahren planmäßige Beamte werden. Nach 16 Jahren erreicht jeder Beamte seinen Höchstgehalt und er hat einen Rechtsanspruch auf die Dienstzulage. Zunächst muß eine Neufestsetzung des Besoldungsdiensalters erfolgen. Der Gesamtaufwand der ganzen Besoldungsvorlage beträgt 160 Millionen. Der Ausschuss hält es für notwendig, das Gesetz sofort zu machen und schlägt vor, daß die planmäßigen Beamten und die nicht planmäßigen einen Vorbehalt erhalten. Die Kommission bittet das Haus um einmütige Annahme der Vorlage, damit im Herbst die Nachprüfung erfolgt. Die Kommission stellt folgenden Antrag: die Vorlage unverändert anzunehmen und sie als dringender zu erklären; die Gewährung eines Vorhusses zu beschließen und zwar für die planmäßigen Beamten bis zur endgültigen Festsetzung eines in vierjährlichen Raten zahlbaren Vorhusses im Betrag eines Friedenseinkommens mit erstmals mindestens 800 M, für die nichtplanmäßigen Beamten und die Angestellten mit mindestens 500 M; die eingegangenen Gesuche als Material für die vorzunehmende Nachprüfung der Regierung zu überweisen.

Abg. Dr. Leser (Dem.) berichtet namens der Kommission über die Besoldungsordnung und verweist darauf, daß die Beamten der gleichen Vorbildung und Beschäftigung jeweils der gleichen Besoldungsgruppe angehören. Es ist darauf zu verweisen, daß das Gesetz einer Nachprüfung unterzogen wird. Der Tarif bringt gewaltige Verbesserungen. Bei der Nachprüfung werden wir allen Wünschen nachgehen. Die Kommission bittet um Annahme.

Das Besoldungsgesetz nebst Anlage wird einstimmig angenommen; der Kommissionsantrag auf Vorbehaltgewährung wird angenommen.

Finanzminister Köhler dankt dem Hause, dem Ausschuss und den Berichterstattern für die rasche Erledigung des Gesetzes, das ein großes soziales Werk darstellt. Dieser Dank darf auch namens der Beamten ausgesprochen werden. Bei der Ausführung des Gesetzes wird man den gewaltigen Wandel erleben, der den Klassengeist beseitigt hat. Auch die Regierung ist der Ansicht, daß noch verschiedenes einzuholen ist, was in der Eile nicht möglich war. In den nächsten Monaten wird dies auszugleichen sein. Trotzdem wir mit dem Entwurf an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gingen, können wir ihn verantworten. Ich danke auch für die Genehmigung der Vorbehaltgewährung. Heute mittag wird die Anweisung auf Vorbehaltzahlung hinausgehen und sie wird in den nächsten Tagen erfolgen. Wir wollen auch raschstens die Bezüge der Pensionäre und Ruhegehaltsempfänger neu regeln und werden in den nächsten Tagen eine Vorlage machen, um diesen durch einen Vorbehalt über die drückendste Not hinwegzuhelfen. Mit dem Gesetz leisten wir vaterländische Arbeit im besten Sinne des Wortes.

Nächste Sitzung: Freitag früh 8 Uhr. Tagesordnung: Zweite Lesung der Besoldungsordnung, Kostengehe, Unterrichtsstat.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Abg. Kobernelli (D.N.): Der Arbeitgeber vermeidet es heute, politische Differenzpunkte zwischen sich und den Arbeitnehmern einzugestehen. Die Lage der Schmelzwareindustrie in Pforzheim wird täglich schlimmer, wobei sich die Unternehmer alle Mühe geben, die Dinge zu mildern und vielfach mit Recht gearbeitet wird. Man darf deshalb nicht von Abschlüssen der Verhandlungen sprechen. Es gibt Leute, die sich aus der Erwerbslosigkeit einen Beruf machen.

Abg. Marloff (Soz.): Mit den heutigen Reichstagen für die Erwerbslosenfürsorge ist es gänzlich ausgeschlossen, daß ein Erwerbsloser damit leben kann. Man stelle sich vor, welches Unglück und welche Not in Familien vorhanden ist, wenn der Mann mehrere Monate erwerbslos wird. Die Sache ist deshalb ernst zu nehmen, was im Interesse der Ruhe und Ordnung des Landes liegt. Denn gerade die überrobustesten Elemente besitzen die Erwerbslosen, weil diese in großer Notlage sind. Wichtiger ist jedoch noch die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten; die Mittel hierfür sind auf keinen Fall ungenügend ausgegeben, wobei der Staat den Städten an die Hand gehen soll. Es besteht in der Erwerbslosenfürsorge eine scharfe Kontrolle. Wenn trotzdem vereinzelte Fälle unredlicher Erwerbslosigkeit vorkommen, so parallelisiert sich dies mit Erwerbslosen aus den oberen Zehntausend, die das ganze Jahr erwerbslos sind.

Abg. Spengler (Ztr.) wünscht bessere Kontrolle bei der Erwerbslosenfürsorge.

Nach Bemerkungen des Abg. Maß (Ztr.), der auf der Tribüne unverändert ist, nimmt

Abg. Morloff (Soz.) gegenüber dem Redner das Mieteneigungsamt in Freiburg in Schutz, da bereits in Freiburg die Hausbesitzer eine Attende gegen dieses ritten. Jeder einzelne Fall wird im Mieteneigungsamt geprüft. Trotz des Spernegesetzes sind für die Grundstücke vielfach zu hohe Preise gezahlt worden; dadurch entstanden die Malmatien. Die Hausbesitzer geben vielfach in der Forderung nach zu hohen Rentien zu weit. Das hässliche Gelände in der Nähe der Städte muß als landwirtschaftliches Gelände angesehen werden, um dadurch die Preissteigerungen zu verhindern; dadurch bekommen wir eine Gesundung der Bodenverhältnisse.

Abg. Köhler (Ztr.) und Abg. Müller-Karlstraße (Ztr.) äußern sich zur Förderung der Landeskultur. — Abg. Spengler (Ztr.) wünscht, daß die Katastervermessung sich nicht in Kleinigkeiten verliert.

Abg. Kierniseil (Ztr.) dankt für die Mittel für den Straßenbau im Kreis Mosbach. Minister Köhler freut sich dieser Anerkennung, wünscht aber auch, daß der Beitrag hierzu bezahlt wird. (Seitlichkeit.)

Abg. Arnob (Soz.) stellt fest, daß der Kreis Mosbach seine Straßenwärter am schlechtesten in Baden bezahlt.

Abg. Königsberger (Soz.) tritt für eine härtere Unterstufung der geologischen Landesaufnahme ein, da die großen Ausgaben hat und wissenschaftlich großen Wert hat. Die Regierung sollte die Bodenschätze Baden genauer untersuchen, da dies vielleicht manches zutage fördert. Es gibt genug Fälle, wo eine eingehende Forschung uns neue Produkte bringen würde. Dadurch würde auch Arbeit für junge Akademiker geschaffen, was auch den Arbeitern Arbeit geben würde.

Der Vorschlag des Arbeitsministeriums wird einstimmig genehmigt; die gewährten Administrativrechte werden unbeanstandet erklärt.

Präsident Kopf teilt mit, daß gemäß Beschluß des Vertrauensmännerrats zunächst an Stelle des Unterrichts-Eudgets die Besoldungsordnung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Nach einer Pause von zehn Minuten erfolgt die

Beratung der Besoldungsordnung.

Zur Besoldungsvorlage sind eine Reihe Petitionen eingegangen.

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens der Kommission über das Besoldungsgesetz. Ich habe mich um den Bericht nicht bemüht; es wurde jedoch beschlossen, die Arbeit den Vertretern der drei Wehrheitsparteien zu übergeben; dem Abg. Dr. Leser als Vertreter der Demokraten, dem Herrn Finanzminister Köhler als Vertreter des Zentrums und mir als Vertreter der Sozialdemokratie. Ich möchte gleich feststellen, daß

die Arbeitslosigkeit wieder stärker zu werden. Deshalb müssen die Notstandsarbeiten wieder mehr in Angriff genommen werden. Nicht befriedigend kann mich, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge abwechselungsweise vorgenommen wird. Die Regierung sollte den Ge-

meinden immer wieder ans Herz legen, Notstandsarbeiten zu sichern, da hier sowohl in den Stadtgemeinden, wie in den Landgemeinden zu wenig geschieht. Auch sollte bei den Notstandsarbeiten schneller zugegriffen werden. Auch auf die Industrie und das Gewerbe sollte mehr Druck ausgeübt werden, damit sie nicht im ersten Moment ihren Betrieb schließen, da solche Strömungen bei einzelnen Unternehmen bestehen, um gegen die Regierung zu demonstrieren. Gerade das Steingewerbe liegt gegenwärtig sehr darnieder; da könnte die Regierung die für die nächsten Jahre notwendigen Arbeiten jetzt schon vergeben; womit eine Fürsorge für die schwer getroffenen Steinarbeiter geschaffen wäre.

Abg. Kobernelli (D.N.): Der Arbeitgeber vermeidet es heute, politische Differenzpunkte zwischen sich und den Arbeitnehmern einzugestehen. Die Lage der Schmelzwareindustrie in Pforzheim wird täglich schlimmer, wobei sich die Unternehmer alle Mühe geben, die Dinge zu mildern und vielfach mit Recht gearbeitet wird. Man darf deshalb nicht von Abschlüssen der Verhandlungen sprechen. Es gibt Leute, die sich aus der Erwerbslosigkeit einen Beruf machen.

Abg. Marloff (Soz.): Mit den heutigen Reichstagen für die Erwerbslosenfürsorge ist es gänzlich ausgeschlossen, daß ein Erwerbsloser damit leben kann. Man stelle sich vor, welches Unglück und welche Not in Familien vorhanden ist, wenn der Mann mehrere Monate erwerbslos wird. Die Sache ist deshalb ernst zu nehmen, was im Interesse der Ruhe und Ordnung des Landes liegt. Denn gerade die überrobustesten Elemente besitzen die Erwerbslosen, weil diese in großer Notlage sind. Wichtiger ist jedoch noch die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten; die Mittel hierfür sind auf keinen Fall ungenügend ausgegeben, wobei der Staat den Städten an die Hand gehen soll. Es besteht in der Erwerbslosenfürsorge eine scharfe Kontrolle. Wenn trotzdem vereinzelte Fälle unredlicher Erwerbslosigkeit vorkommen, so parallelisiert sich dies mit Erwerbslosen aus den oberen Zehntausend, die das ganze Jahr erwerbslos sind.

Abg. Spengler (Ztr.) wünscht bessere Kontrolle bei der Erwerbslosenfürsorge.

Nach Bemerkungen des Abg. Maß (Ztr.), der auf der Tribüne unverändert ist, nimmt

Abg. Morloff (Soz.) gegenüber dem Redner das Mieteneigungsamt in Freiburg in Schutz, da bereits in Freiburg die Hausbesitzer eine Attende gegen dieses ritten. Jeder einzelne Fall wird im Mieteneigungsamt geprüft. Trotz des Spernegesetzes sind für die Grundstücke vielfach zu hohe Preise gezahlt worden; dadurch entstanden die Malmatien. Die Hausbesitzer geben vielfach in der Forderung nach zu hohen Rentien zu weit. Das hässliche Gelände in der Nähe der Städte muß als landwirtschaftliches Gelände angesehen werden, um dadurch die Preissteigerungen zu verhindern; dadurch bekommen wir eine Gesundung der Bodenverhältnisse.

Abg. Köhler (Ztr.) und Abg. Müller-Karlstraße (Ztr.) äußern sich zur Förderung der Landeskultur. — Abg. Spengler (Ztr.) wünscht, daß die Katastervermessung sich nicht in Kleinigkeiten verliert.

Abg. Kierniseil (Ztr.) dankt für die Mittel für den Straßenbau im Kreis Mosbach. Minister Köhler freut sich dieser Anerkennung, wünscht aber auch, daß der Beitrag hierzu bezahlt wird. (Seitlichkeit.)

Abg. Arnob (Soz.) stellt fest, daß der Kreis Mosbach seine Straßenwärter am schlechtesten in Baden bezahlt.

Abg. Königsberger (Soz.) tritt für eine härtere Unterstufung der geologischen Landesaufnahme ein, da die großen Ausgaben hat und wissenschaftlich großen Wert hat. Die Regierung sollte die Bodenschätze Baden genauer untersuchen, da dies vielleicht manches zutage fördert. Es gibt genug Fälle, wo eine eingehende Forschung uns neue Produkte bringen würde. Dadurch würde auch Arbeit für junge Akademiker geschaffen, was auch den Arbeitern Arbeit geben würde.

Der Vorschlag des Arbeitsministeriums wird einstimmig genehmigt; die gewährten Administrativrechte werden unbeanstandet erklärt.

Präsident Kopf teilt mit, daß gemäß Beschluß des Vertrauensmännerrats zunächst an Stelle des Unterrichts-Eudgets die Besoldungsordnung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Nach einer Pause von zehn Minuten erfolgt die

Beratung der Besoldungsordnung.

Zur Besoldungsvorlage sind eine Reihe Petitionen eingegangen.

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens der Kommission über das Besoldungsgesetz. Ich habe mich um den Bericht nicht bemüht; es wurde jedoch beschlossen, die Arbeit den Vertretern der drei Wehrheitsparteien zu übergeben; dem Abg. Dr. Leser als Vertreter der Demokraten, dem Herrn Finanzminister Köhler als Vertreter des Zentrums und mir als Vertreter der Sozialdemokratie. Ich möchte gleich feststellen, daß

die Arbeitslosigkeit wieder stärker zu werden. Deshalb müssen die Notstandsarbeiten wieder mehr in Angriff genommen werden. Nicht befriedigend kann mich, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge abwechselungsweise vorgenommen wird. Die Regierung sollte den Ge-

meinden immer wieder ans Herz legen, Notstandsarbeiten zu sichern, da hier sowohl in den Stadtgemeinden, wie in den Landgemeinden zu wenig geschieht. Auch sollte bei den Notstandsarbeiten schneller zugegriffen werden. Auch auf die Industrie und das Gewerbe sollte mehr Druck ausgeübt werden, damit sie nicht im ersten Moment ihren Betrieb schließen, da solche Strömungen bei einzelnen Unternehmen bestehen, um gegen die Regierung zu demonstrieren. Gerade das Steingewerbe liegt gegenwärtig sehr darnieder; da könnte die Regierung die für die nächsten Jahre notwendigen Arbeiten jetzt schon vergeben; womit eine Fürsorge für die schwer getroffenen Steinarbeiter geschaffen wäre.

Abg. Kobernelli (D.N.): Der Arbeitgeber vermeidet es heute, politische Differenzpunkte zwischen sich und den Arbeitnehmern einzugestehen. Die Lage der Schmelzwareindustrie in Pforzheim wird täglich schlimmer, wobei sich die Unternehmer alle Mühe geben, die Dinge zu mildern und vielfach mit Recht gearbeitet wird. Man darf deshalb nicht von Abschlüssen der Verhandlungen sprechen. Es gibt Leute, die sich aus der Erwerbslosigkeit einen Beruf machen.

Abg. Marloff (Soz.): Mit den heutigen Reichstagen für die Erwerbslosenfürsorge ist es gänzlich ausgeschlossen, daß ein Erwerbsloser damit leben kann. Man stelle sich vor, welches Unglück und welche Not in Familien vorhanden ist, wenn der Mann mehrere Monate erwerbslos wird. Die Sache ist deshalb ernst zu nehmen, was im Interesse der Ruhe und Ordnung des Landes liegt. Denn gerade die überrobustesten Elemente besitzen die Erwerbslosen, weil diese in großer Notlage sind. Wichtiger ist jedoch noch die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten; die Mittel hierfür sind auf keinen Fall ungenügend ausgegeben, wobei der Staat den Städten an die Hand gehen soll. Es besteht in der Erwerbslosenfürsorge eine scharfe Kontrolle. Wenn trotzdem vereinzelte Fälle unredlicher Erwerbslosigkeit vorkommen, so parallelisiert sich dies mit Erwerbslosen aus den oberen Zehntausend, die das ganze Jahr erwerbslos sind.

Abg. Spengler (Ztr.) wünscht bessere Kontrolle bei der Erwerbslosenfürsorge.

Nach Bemerkungen des Abg. Maß (Ztr.), der auf der Tribüne unverändert ist, nimmt

Abg. Morloff (Soz.) gegenüber dem Redner das Mieteneigungsamt in Freiburg in Schutz, da bereits in Freiburg die Hausbesitzer eine Attende gegen dieses ritten. Jeder einzelne Fall wird im Mieteneigungsamt geprüft. Trotz des Spernegesetzes sind für die Grundstücke vielfach zu hohe Preise gezahlt worden; dadurch entstanden die Malmatien. Die Hausbesitzer geben vielfach in der Forderung nach zu hohen Rentien zu weit. Das hässliche Gelände in der Nähe der Städte muß als landwirtschaftliches Gelände angesehen werden, um dadurch die Preissteigerungen zu verhindern; dadurch bekommen wir eine Gesundung der Bodenverhältnisse.

Abg. Köhler (Ztr.) und Abg. Müller-Karlstraße (Ztr.) äußern sich zur Förderung der Landeskultur. — Abg. Spengler (Ztr.) wünscht, daß die Katastervermessung sich nicht in Kleinigkeiten verliert.

Abg. Kierniseil (Ztr.) dankt für die Mittel für den Straßenbau im Kreis Mosbach. Minister Köhler freut sich dieser Anerkennung, wünscht aber auch, daß der Beitrag hierzu bezahlt wird. (Seitlichkeit.)

Abg. Arnob (Soz.) stellt fest, daß der Kreis Mosbach seine Straßenwärter am schlechtesten in Baden bezahlt.

Abg. Königsberger (Soz.) tritt für eine härtere Unterstufung der geologischen Landesaufnahme ein, da die großen Ausgaben hat und wissenschaftlich großen Wert hat. Die Regierung sollte die Bodenschätze Baden genauer untersuchen, da dies vielleicht manches zutage fördert. Es gibt genug Fälle, wo eine eingehende Forschung uns neue Produkte bringen würde. Dadurch würde auch Arbeit für junge Akademiker geschaffen, was auch den Arbeitern Arbeit geben würde.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 20. Mai.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr und macht Mitteilung über den Eingang mehrerer Gesetzesvorlagen.

Abg. Nöhl (Soz.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betreffend die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten. Frauen, Kindern und Männern seien diese Wunden eine große Gefahr. Nur der kleinste Teil der Scheußlichkeiten werde bekämpft. In der ganzen Welt wachse die Entrüstung.

Reichsminister Dr. Köster: Bis gestern war keine Nachricht eingelaufen von irgend einer Zurückziehung farbiger Truppen. Wir wollen nicht in eine Massenheide eintreten. Wir denken an die Schwarzen, die in den Kolonien mit uns gekämpft haben, aber die Verwendung von 50 000 Farbigen im Herzen Europas ist ein Verbrechen. Proleten Amerikas, Englands und Schwedens, sowie Norwegens haben auf die Franzosen ebenso wenig Eindruck gemacht wie unsere Proleten. Von einer ökonomischen Solidarität kann nicht gesprochen werden, so lange man die politische Solidarität mit ihnen nicht trift. Wir wollen uns an den Völkerverbund wenden, damit der moralische Druck der ganzen Welt einsetzt. Den Brüdern im Westen wollen wir sagen, daß wir mit ihnen leben und auf ihre Befreiung hoffen. (Beifall.)

Abg. Frau Bles (U.S.): Alle brutalen Instinkte entflammen nur dem Militarismus, der beseitigt werden muß. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages über die Stärke seines Militärs erfüllen würde, würde es ein geneigtes Ohr bei der Entente für die Verminderung der Besatzungstruppen finden. Die Interpellationen hätten keinen Wert wegen der unfruchtlichen Reaktionen, die gegen Frauen und deutsche Soldaten begangen worden sind. Auch in Rußland, Belgien ufm. hätten deutsche Soldaten solche Greuelthaten begangen. (Stürmische Unterbrechung, andauernde Entrüstungsrufe. Frau Bles: Mit diesen Zuständen heißen Sie die Freiwelt der deutschen Soldaten gut. (Erneuter Lärm, stürmische Schlußrufe. Die Rechte, das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Massenlauf gegen die Schwarzen, den wir nicht mitmachen.

Abg. Frau Menke (U.S.): Für die Vergewaltiger unserer Kinder kann niemand ein Funken Liebe empfinden. Vielleicht nützt es noch, sich an den Papst zu wenden.

Abg. Laverrenz (D.N.) begründet eine Interpellation über Maßnahmen der internationalen Schiedsrichterkommission, die von allen Fraktionen, außer den Unabhängigen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnet ist und die sich wegen der Erlassung dänischer Gesetze und der Einführung der Kronenwährung in der ersten Abstimmungszone beschwert. Da die Grenze noch nicht festgelegt ist, seien besonders in der zweiten Zone schwere Schädigungen entstanden.

Reichsminister Dr. Köster: Die Schritte der dänischen Regierung sind weder mit dem Geiste, noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages vereinbar. Wir haben am 11. Mai in einer Note in Paris und später in Flensburg protestiert, ohne Resultat. Das Recht ist auf unserer Seite, aber leider nicht die Macht. Diese Rechtsbeugung zu verhindern, müssen wir im Süden der ersten Zone eine provisorische Währungszone schaffen und das geschieht. Die zweite Zone wird aufs engste angeschlossen werden. Nach dem nahe bevorstehenden Abzug der Kommission aus Flensburg werden wir auch die Zollgrenze nach Süden legen. Ganz Deutschland wird nicht ruhen, bis alle ungewissenhaft deutschen Landesteile wieder mit uns vereinigt sind.

Abg. Fohmann (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen über die Rechte der deutschsprechenden Bevölkerung in den an Polen abzutretenden Gebieten. Diese Rechte würden andauernd aufs schwerste verletzt.

Reichsminister Dr. Köster: Die Reichsregierung wird wie bisher in der polnischen Frage das klare Recht des deutschen Volkes zu wahren suchen, besonders auch durch mündliche Verhandlungen mit der Entente, sobald die Möglichkeit sich dazu bietet. Wirtschaftlichen Druck gegen Polen wird nur nach Möglichkeit aus. Ein weiteres Hinabschieben dieser Fragen würde der deutschen Regierung die Überlegung aufzwingen ob sie andere Fragen dann nicht auch aufschreiben sollte. Des Ernstes der Lage in Oberschlesien sind wir uns völlig bewußt. In Paris, London und Rom haben wir die Sachlage bekannt gegeben. Wir sind bereit, durch Verhandlungen die Wiederaufnahme einer geordneten Verhandlung in Oberschlesien zu ermöglichen.

Abg. Frau Schmitz (Ztr.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen über die Zustände in den Kreisen Cupen, Malmedy ufm.

Reichsminister Dr. Köster: Bei den Verhandlungen in der belgischen Kammer war immer die Rede von einer Wiedervereinigung der Kreise mit Belgien. Die Kreise haben niemals zu Belgien gehört, ebensowenig zu den Niederlanden. Sie sind deutsch und haben vorübergehend nur einmal zu Frankreich gehört. Die Regierung hat einmündiges Material dafür, daß die Belgier die Abstammungsfaktoren. Die Schützen mehrten sich von Tag zu Tag. Wir haben bei der belgischen Regierung, der Friedenskonferenz und dem Völkerverbund protestiert.

Es folgt die Interpellation des Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) und Gen. über die Feier des 1. Mai und die Verteilung von 112 1/2 Mark an die Arbeiter und Beamten in den Staatsbetrieben am 1. Mai.

Reichsminister Schick erklärt, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen.

Abg. Schulz-Bromberg (D.N.): Dann hat die Regierung ein schlechtes Gewissen und wird sich von der Verantwortung drücken wollen. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, für die Aufrechterhaltung der Arbeit am 1. Mai zu sorgen. (Lärm bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen.)

Präsident Fehrenbach: Diese Ausführungen sind geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig.

Abg. Dr. Leppelmann (D.N.) stimmt dem Abg. Schulz-Bromberg zu.

Abg. Senke (U.S.) begründet einen gestern eingebrachten Antrag Gen.-Leipzig über sofortige Aufhebung des Ausnahmestandes in allen Teilen des Reiches.

Abg. Loebe (Soz.) wird mit einem großen Teil seiner Partei für den Antrag stimmen.

Reichsminister Dr. Köster: Es ist nicht angängig, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahlen gesichert werden müssen, doch soll geprüft werden, inwieweit Milderungen eintreten können.

Abg. Gilling (Ztr.) ist gegen den Antrag.

Abg. v. Schulze-Güternitz (Dem.) stimmt dem Minister bei.

Der Antrag wird mit den Stimmen der stark besetzten Sozialdemokratischen Partei angenommen.

Ueber den Antrag des Ausschusses, die nachgeforderte Genehmigung zur Einleitung einer gerichtlichen Verfolgung gegen den Abg. Brach nicht zu erteilen, wird abgestimmt. Die Abstimmung bleibt zunächst zweifelhaft. Beim Sammelstimmungs ergibt sich bei 207 Stimmen die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung 1/3 Uhr nachmittags.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr. Erledigt werden die Gesetzesentwürfe über Erweiterung der Verhandlungen über eine militärische Amnestie, Entschädigungsansprüche verfallener oder beruhterter Elsaß-Lotharinger, Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Costarica in allen drei Lesungen.

Der Gesetzentwurf über den Personenstand wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Der Einspruch des Reichsrats gegen die Einstellung von 500 000 Mk. zur Errichtung einer wissenschaftlichen Abteilung für Volkswirtschaft an der Universität Frankfurt a. M. wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Hierauf werden in zweiter und dritter Lesung die Reichshaushaltsrechnungen 1916/1917 und die Berichte der Reichsschuldenkommission, ferner der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Heraushebung des Grundlohnes und Ausdehnung des Verjährungsplanes in der Krankenversicherung und der Bericht desselben Ausschusses über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat erledigt.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über ein Abkommen mit der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik über die Heimführung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und die Rückkehr Internierter.

Abg. Senke (U.S.) wünscht die Annäherung sofortiger Beziehungen zu Sowjetrußland.

Abg. Scheibemann (Soz.): Das Auswärtige Amt möge alles versuchen, daß wir mit Sowjetrußland in ein klares und erfreuliches Verhältnis kommen.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso jenes über den gegenseitigen Gefangenen austausch mit der lettischen Regierung.

Nächste Sitzung morgen 1/10 Uhr vormittags; Aufhebung der Militärgerichte u. a. — Schluß gegen 1/4 Uhr.

Weitere Mittel zur Behebung der Baukäuflichkeit.

Berlin, 20. Mai. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wollte die Regierung den Antrag, die Nationalversammlung solle sich damit einverstanden erklären, daß der Reichsfinanzminister außer den durch den Reichstag bewilligten 200 Millionen Mark zur Wiederbeschaffung der Baukäuflichkeit durch Bewilligung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen den Betrag von 450 Millionen Mark zur Verfügung stelle, sowie sich ferner dazu schuldig zu machen, daß die insgesamt aus Reichsmitteln aufzubewerkenden 650 Millionen Mark im Reich durch eine Abgabe von den bedeutenden Grundstücken bis zum Jahre 1925 aufzuführen sind. Der Ausschuß erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden.

Badische Politik.

Eine Anfrage an die Zollbehörden in Karlsruhe. Nach uns gewordenen Informationen sind im wesentlichen nur Viebesgabepakete aus Amerika im Gewicht von nicht mehr als 5 Kilogramm ohne weiteres zollfrei. Bei anderen Viebesgabepaketungen, die für den eigenen Bedarf des Empfängers oder seines Haushaltes gependelt sind, tritt Zollbefreiung nur auf Antrag des Empfängers ein. Nun sind aber weite Bevölkerungskreise über die Möglichkeit, einen Zollbefreiungsantrag mit Erfolg stellen zu können, nicht unterrichtet und müssen ungeachtet der an sich schon bestehenden großen Lebensmittelknappung, infolge dieser ihrer Unkenntnis einen ganz unüberhältnismäßig hohen Zoll zahlen. So müssen sie z. B. für eine Sendung, die 4 Kilogramm Kaffee und 2 Kilogramm Schokolade enthält, den tarifmäßigen Zollbetrag von 4.40 Mk. zuzüglich 900 Prozent Gebührensatz = 39.60 Mk., zusammen 44.— Mk. Kol bezahlen. Wir können uns nicht denken, daß die Zollbehörde nicht ermächtigt sein soll, mit Rücksicht auf die notorische Unkenntnis weiter Kreise des Volkes über die bestehenden Vorschriften, ohne besondern Antrag des Empfängers Zollbefreiung zu gewähren. Die Dienstlichkeit hat ein dringendes Interesse an einer öffentlichen Beantwortung dieser öffentlichen Anfrage.

Die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten.

Wie aus den Kommissionsberichten des badischen Landtags ersichtlich, haben die bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag die Karlsruher Majolika-Manufaktur durch den Staat fortzuführen, abgelehnt — ein Vorgang, der zeigt, wie sehr alle bürgerlichen Parteien einig sind, wenn es gilt, eine sozialistische Maßnahme zu hintertreiben. Wir erhalten hierzu noch eine Zuschrift, die sich mit diesem kapitalistischen Treiben wie folgt auseinandersetzt:

„Als ich Ende November 1918 zwischen Köln und Mainz auf der Heimkehr vom Felde die ersten deutschen Zeitungen erhielt, interessierte mich vor allem daraus, eine Kolig aus Baden, die einen kurzen Wahlaufstieg der neugegründeten Deutsch-Demokratischen Partei Badens brachte. Ein scharfer politischer Radikalismus wehte aus diesem demokratischen Wahlaufstieg nach Sozialisierung der reifen Betriebe interessierte. Als Sozialist gemäßigter Oberweg sagte ich mir, daß angeht dieser Stellungnahme der demokratischen Partei die Linien des revisionistischen Sozialismus und der demokratischen Partei nicht mehr allzuweit auseinanderklaffen würden, was ich im Interesse einer ruhigen reformistischen Aufwärtsentwicklung lebhaft begrüßte. Leider hatte ich mich, wie sich aufsehens zeigte, darin nur allzusehr getäuscht. Auf Schritt und Tritt verjagte die bürgerliche Demokratie, wenn es galt, bei bahnbrechenden Reformen durch Initiative vorzugehen. Statt zu scheitern, mußte sie immer mehr gescheitern werden. Auf dem Gebiete der Sozialisierung gar, verlegnete sie völlig ihr Wahlprogramm und wandte alle ihre Kraft an, um zu bremsen. Die Krone hat sie jedoch ihrem Tun aufgesetzt mit ihrer Handlungsweise gegenüber der Majolika-Manufaktur, die sie gemeinsam mit dem Zentrum (die Zentrumsarbeiter werden vermutlich ihre Duldung dafür abgeben) und den Deutschnationalen auch weiterhin völlig dem Privatkapitalismus ausliefern will, damit trefflich illustrierend, was man von bürgerlichen Wahlversprechungen zu halten hat. Man stelle sich den Fall vor: Der badische Staat hat bereits eine staatliche Majolika-Manufaktur. Das schwierige Experiment der Staatsübernahme ist also hinfällig. Das bisher verpachtete Unternehmen kommt in die Hand des Staates zurück, der nun Gelegenheit hat, hier ein musterhaftes sozialisiertes Unternehmen herzustellen, wobei, um maßhaltige Experimente auszuführen, die sozialdemokratische Fraktion vorschlägt, das vom Staate betriebene Unternehmen in privatrechtlicher Form durch den Staat fortzuführen, so daß also zu keinerlei Veräußerung Anlaß ist. Was tun die bürgerlichen Parteien, die in ihren Wahlaufzügen für die Sozialisierung der reifen Betriebe schwärmten? Sie verlangen als die Mehrheit des badischen Landtags, um ihren kapitalistischen Prinzipien gerecht zu werden, die Verpachtung an Privatkapitalisten; vermutlich um den Arbeitern und Angestellten eine Lehre zu geben, was sie von den Wahlversprechungen der bürgerlichen Parteien zu halten haben.“

Der Landtag wird in seiner Freitagssitzung die zweite Lesung der Beordnungsvorhaben, zwei Kostengesetze erledigen und den außerordentlichen Etat des Unterrichtsministeriums be-

handeln. Am nächsten Donnerstag wird die Kammer, wie wir hören, einen Votetats genehmigen, während die Budgets des Unterrichtsministeriums und des Finanzministeriums nach den Reichstagswahlen zur Erledigung kommen.

In die Adresse des Herrn Finanzministers Köhler richtet sich eine Zuschrift, die uns von dem Betriebsrat der ausfallweise Angestellten der Landeshaushaltskasse als Erweiterung auf unsern Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags in unserer Montagsnummer zugeht. Es heißt in der Zuschrift: „Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Ausbesserer bei der Landeshaushaltskasse schuld daran sind, daß die Auszahlung der Leuzerungszulagen sich verzögert hat. Die verspätete Auszahlung ist darauf zurückzuführen, daß man sich viel zu spät schlüssig wurde, in welcher Weise die Zahlungen vor sich gehen sollten, und daß der zutreffenden Abwicklung des Zahlungsgeschäfts vom Finanzministerium schon reichlich spät angekehrte Termin zur Einbindung der Zahlungsanweisungen an die Landeshaushaltskasse von den Anweisungsbefehlshabern nicht eingehalten wurde. Aus diesem Grunde war es schlechterdings unmöglich, in der kurzen Zeit bis zum Fälligkeitstermin für rund 22 000 Beamte rechtzeitig Zahlung zu leisten.“ — Die in dieser Zuschrift kritisierten Bemerkungen waren vom Herrn Finanzminister Köhler im Haushaltsausschuß des Landtags auf die Klage hin gemacht worden, daß manche Beamte ihre Leuzerungszulagen ziemlich verspätet erhalten würden.

Beamtenbund und Lehrerschaft. Gestern nachmittags fand im Konzerthaus eine von hier und auch von auswärts sehr stark besuchte Versammlung des Badischen Beamtenbundes statt, die zu dem Austritt der Lehrerschaft aus dem Bund Stellung nahm. Der Vorsitzende Betriebsinspektor Trautmann nahm in einem längeren Referat Stellung zu der Maßnahme der Lehrerschaft, die er verurteilt. Es geht nicht an, daß eine Gruppe Sonderforderungen erhebe. Redner der oberen Beamten, der mittleren Beamten und der Postbeamten stimmten dem Referenten zu. Ein Lehrer, der ungebührliche Zwischenrufe machte, wurde aus der Versammlung hinausgeworfen. Einmütig wurde schließlich eine Entschädigung angenommen, in der jeder Beruf irgend einer Klasse, für sich eine besondere Berücksichtigung in der Beibehaltung zu erhalten, zurückgewiesen wird. Eine einseitige Annahme der Forderungen des Badischen Lehrerbundes stelle eine schwere Schädigung der grundlegenden Voraussetzungen für einen gerechten Ausgleich der gegenseitigen Interessen dar und sei deshalb zurückzuweisen.

Ueber den Zubrang zum Lehrerinnenberuf hat das Bad. Unterrichtsministerium einen Erlaß gegeben, in welchem u. a. ausgeführt wird, nachdem nun wieder normale Verhältnisse in Schulwesen eingetreten seien, sei es Aufgabe der Schulverwaltung, die Zahl der weiblichen Lehrkräfte allmählich wieder auf das den Bedürfnissen des Unterricht entsprechende Maß zurückzuführen. Zurzeit im Dienst befindliche Lehrerinnen sollen soweit als möglich in ihren Stellungen erhalten werden, andererseits werden neuzugewandene Lehrerinnen vorerst keine Verwendung im öffentlichen Schuldienst finden können, zumal noch eine größere Zahl von Kriegsteilnehmern zu berücksichtigen sind. Auch für die nächsten Jahre wird die Verwendungsmöglichkeit der Lehrerinnen an den Volksschulen nur eine beschränkte sein. An den höheren Mädchenschulen werden Neuanstellungen von Lehrerinnen im wesentlichen künftig nur noch zur Erteilung von Unterricht in den Elementarstufen, fächerübergreifend auf Ostern 1922 für die Lehrerinnen ein neues Feld der Betätigung eröffnet, aber der Bedarf an weiblichen Lehrkräften ist gedeckt. Der Erlaß schließt mit der ernstlichen Warnung vor dem Zugang zum Lehrerinnenberuf.

Die Kandidatenliste der Kommunistischen Partei Badens. Die Kandidatenliste der Kommunistischen Partei Badens zur Reichstagswahl enthält folgende Namen: Marie Felkin, Schriftstellerin, Flensburg bei Stuttgart, 2. Dr. Paul Zehi, Rechtsanwalt, Frankfurt 3. Fritz Gerdert, Parteifunktionär, Gernheim, 4. Paul Schred, Metallarbeiter, Mannheim, 5. Jakob Krabinger, Mechaniker, Karlsruhe, 6. Eugen Kunz, Hauptlehrer, Pfaffenstall 7. Freiburg 7. Fritz Vogel, Schlosser Offenburg, 8. Wilhelm Heumann, Schlosser, Heidelberg.

U.S.B.-Ber. aus Söllingen wird uns berichtet: Eine von der U.S.B. hier einberufene öffentliche Wählerversammlung konnte trotz „Berliner Referenten“ mangels Zutritts nicht abgehalten werden. Unser Beileid!

* Das Verbot der Kongressveranstaltungen ist vom Ministerium des Innern mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Gemeindepolitik.

Eine fastige Rechnung.

n. Aue 5. Durlach, 16. Mai. Wie leicht das Unternehmertum ohne viel Schweiß Profite zu machen versteht, sei an folgendem Vorkommnis beleuchtet: Bei Prüfung der Gemeindefinanzverhältnisse zeigte sich eine zu große Differenz bei vereinigten Abgängen. Die Gemeindebehörde wandte sich an den Ersteller der Waage, eine Firma Waß u. Leig in Mannheim. Es kam ein Monteur zur Untersuchung für den 72. A. pro Tag verlangt wurden, was an sich nicht zu hoch zu nennen ist. Nach Untersuchung der Waage wurde angeordnet, daß ein Stück nach Mannheim gefahren werden müsse. Fachleute behaupten nun, daß der Fehler nur an den schwächsten Stellen gelegen habe, die das sogenannte „Fichere Spielen“ angeben. Nach wenigen Tagen kam der Monteur wieder und brachte die Waage neu. Die Waage funktionierte nun richtig. Am 22. April kam die Rechnung, sie lautete auf 2785.25 M. — zweitausend siebenhundertfünfundachtzig Mark 25 Pfennig — und eine Woche darauf, nachdem sich die Gemeindeverwaltung von ihrem Schreck erholt hatte, kam eine zweite Rechnung, die auf 3085.85 M. lautete mit der Begründung „die Löfne usm.“, man kennt die Melodie ja — „seien gefügten“. Die Waage hat bei der Neuverstellung mit Fundament 2400 M. gekostet. Es wäre doch zu prüfen, ob keine Möglichkeit besteht, was der Firma eine detailliertere Aufstellung zu bekommen, wie sich dieser Betrag zusammenstellt. Angesichts solcher Rechnungen begreift man aber auch, wie leicht es dem Unternehmer fällt, die Nachkosten der Deutschnationalen zu bestreiten.

Forzheim, 18. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte die Summe von 200 000 M zum Ankauf des Solbades „Zum Mitter“ in Wimpfen. Ferner wurde dem Verträge über die Pachtung des Schlosses zu Wimpfen für die Stadt Forzheim gegen eine Pachtsumme von 15 000 M jährlich zugestimmt. In dem Schlosse, das Eigentum des Prinzen Max von Baden ist, soll ein Kindererholungsheim eingerichtet werden.

Aus der Partei.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands beruft auf den 25. und 26. Mai eine Sitzung ihres Hauptauschusses auf den Reichstag zusammen. Die Tagung beginnt am 25. Mai nachmittags 6 Uhr im Jugendheim, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Der erste Tag ist den Fragen der Organisation und der Wahlarbeit vorbehalten. Am zweiten Tage sollen die Richtlinien für die Vertreter des sozialdemokratischen Schulprogramms auf der Reichsschulkonferenz beraten werden. Es wäre erwünscht, wenn sich an diesen Beratungen auch die übrigen von der Partei berufenen Teilnehmer an der Reichskonferenz beteiligen würden.

Sulach, 20. Mai. Es muß für jeden Wähler wichtig sein, zu wissen, ob er in der Wählerliste steht. Zur Nachschau liegt eine zweite Liste in der „Krone“ auf. Wir machen die aus dem Felde und aus der Gefangenenschaft heimgekehrten, sowie diejenigen, die zum erstenmal ihr Wahlrecht ausüben, also bis zum Wahltag (6. Juni) das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, ganz besonders aufmerksam, darauf zu achten, daß sie in der Liste stehen. Nur bis zum 30. d. M. können Nachtragungen stattfinden. Also Wählerinnen und Wähler, tut eure Pflicht.

4. bad. Landtagswahlkreis.

Öffentliche Versammlungen finden statt: Am Samstag, 22. Mai, abends 8 Uhr, in Zell a. H.: Landtagsabg. Frau Fischer (Karlsruhe). — Am Sonntag, 23. Mai, nachm. 3 Uhr, in Waldm.: Landtagsabg. Kurz (Gröbvingen); nachm. 3 Uhr in Elgersweier: Hauptlehrer Schüb (Rahr); nachm. 4 Uhr in Nordach im Adler: Landtagsabg. Frau Fischer (Karlsruhe). — Am Montag, 24. Mai, vorm. 10 Uhr, in Kirchbach: Lehrer Lindesbacher (Hornberg); vorm. 11 Uhr in Ottenhöfen: O. Graf (Worzhelm); nachm. 3 Uhr in Großweier: Landtagsabg. S. Kurz (Gröbvingen); nachm. 3 Uhr in Gengenbach: Landtagsabg. Frau Fischer (Karlsruhe); nachm. 3 Uhr in Oberachern im „Neubad“: O. Graf (Worzhelm); abends 8 Uhr in Offenbach „Mischelallee“: Landtagsabg. Frau Fischer (Karlsruhe).

Die Parteimitglieder werden gebeten, für guten Besuch dieser Versammlungen zu agitieren. Die Kreisleitung.

Karlsruher Bürgerauskunft-Sitzung.

Karlsruhe, 20. Mai 1920.

Auch die heutige Sitzung gestaltete sich wieder recht lebhaft, die Besprechungen machten sich wiederum bemerkbar. Den Vorstoß machten die Herren Demokraten, die offensichtlich ihre gestrige Schlappe wieder gut machen wollten. Sie, die während den Nationalwahlen so sehr den Sozialisierungsgedanken in den Vordergrund ihrer Agitation hoben, um die Arbeiter und Beamten zu fesseln, sie sind heute vom reinsten Sozialisierungsstiller gefallen. Jeder, auch der geringfügigste Anlaß wird dazu benützt, sich als Schutzherr des Kapitalismus und der Privatwirtschaft aufzuspielen. Es scheint gerade, daß die Herren schon die Hosen voll bekommen, wenn sie nur das Wort Sozialisierung oder Kommunalisierung hören. Anders kann es nicht sein, denn auch heute wieder, wo die harmlose Vorlage einer Errichtung einer gemeinnützigen Gesellschaft zur Baustoffbeschaffung zur Beratung stand, um den Wucherpreisen der Baustoffherzeuger mit ihrem Hindernis zum Wohnungsbau mit Erfolg begegnen zu können, witterten diese Kapitalisierungsgegner schon ein Stück Sozialisierung oder Kommunalisierung. Und da lobt es sich bei dieser Sorte Demokraten schon, gegen diese Bestrebungen Sturm zu laufen, — ob dadurch die Wohnungsbaufähigkeit noch weiter darniederliegt und tausende von Familien keine Wohnung erhalten, ist ja Nebensache, wenn nur der auf Krücken gehenden liberalen Wirtschaftspolitik der Sterbefall noch hinausgezogen wird. Vorheren erzielten sie jedoch keine, sie machten sich nur weidlich lächerlich, als ihnen gesagt wurde, daß sie nicht einmal den Inhalt und die Tendenz der Vorlage kennen. Bei der Abstimmung benutzte die nationalliberal-demokratische Fraktion ihre alte Tradition als Partei Dreihäusler, denn der eine Teil war für und der andere gegen die Vorlage.

Am Morgen zeigte der heutige und gestrige Tag, daß die Zahl der zu erledigenden Punkte — es waren deren 14 — viel zu groß ist. Diese Art der Geschäftsführung birgt die Gefahr in sich, daß die Vorlagen nicht immer mit der nötigen Gründlichkeit durchberaten werden können. Wir möchten deshalb dem Stadtrat den Vorschlag machen, einmal zu überlegen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Bürgerauskunftssitzungen in kürzeren Zeitabständen und mit weniger Tagesordnungspunkten einzuberufen.

Auf eine kleine Anfrage von Gen. Söhn wegen den Verspätungen auf der Karlsruher Lokalbahn Süd-Durmersheim erklärt Bürgermeister Schneider, daß das schlechte Lokomotiv- und Kohlenmaterial daran schuld sind. Eine Verbesserung der Lokomotiven sei in die Wege geleitet.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft den Beitrag von 20 000 M zur Ausstattung des neuen Luftschifflaboratoriums an der Technischen Hochschule. Die Stadtr. Dr. Arienau (Dem.), Söhn (Soz.), Sturm (Ztr.) und Pfeiff (Dem.), Deines (Dem.) und Dr. Sella, begrüßen die Vorlage im Interesse des wissenschaftlichen Fortschritts und heben die große Bedeutung des Luftschiffinstituts hervor. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Finter die Freude über das große Verständnis des Kollegiums dieser Sache gegenüber ausgedrückt hat, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Errichtung einer gemeinnützigen Gesellschaft „Babische Baustoffbeschaffung“ u. m. s. Die Vorlage sieht eine Beteiligung der Stadt als Gesellschafterin mit dem Betrage von 15 700 M vor. Zweck der Gesellschaft ist die Beschaffung von Baustoffen. In der Diskussion spricht zunächst Stadtr. Fischer (Dem.) gegen die Vorlage und läßt jedoch scharfe Kritik an der Landeswirtschaftsstelle für Baustoffe, die vollständig verfaßt habe. Seine weiteren Ausführungen sind von mittelständlichem Geist befeuert. — Stadtr. Dr. Arienau (Dem.) schließt sich seinem Parteifreund Fischer an und erklärt, daß die Mehrheit seiner Fraktion denselben Standpunkt einnehme und gegen die Kommunalisierung und Sozialisierung ist. In treffenden Worten tritt Stadtr. Gen. Wöhlinger dem demokratischen Redner entgegen. Er weist nach, daß der Vorredner nicht einmal den Zweck der Vorlage kennt und daß dieselbe auch im Interesse der Kleinrentner liegt. An Hand der Tätigkeit verschiedener Monopole legt Gen. Wöhlinger dar, daß gerade hier das „freie Spiel der Kräfte“ keine Erleichterung für die Abnehmer der Produkte brachte. Aber schon die Angst vor dem Wort Sozialisierung reicht dazu aus, daß die Kapitalismuskritiker die Errichtung einer gemeinnützigen Gesellschaft ablehnen. — Oberbürgermeister Dr. Finter verpflichtet ebenfalls die Einwände gegen die Vorlage. Ein Zusammenschluß der Verbraucher, als die hauptsächlich die Städte in Betracht kommen, ist notwendig, weil sich auch die Erzeuger der Baustoffe zusammengeschlossen haben. Unter den heutigen Umständen bekommen wir keine Baustoffe, am allerwenigsten zu den Richtpreisen. Wir müssen zusammenstehen, um uns durch unsere Macht gegen die Ueberpreise zu wehren. — Es sprechen noch zur Vorlage die Stadtr. Weiß (D.M.), Stadtr. Braun (Dem.), Söhn (Soz.), Wittmann (Ztr.), Deines (Dem.), Dr. Arienau (Dem.), letzterer mußte sich verschiedene Belangen über die Vorlage gefallen lassen. Stadtr. Gen. Dr. Kullmann löst den Demokraten den Schleier und stellt fest, daß der Vorstoß des demokratischen Stadtr. Dr. Arienau nur parteipolitischen Zwecken diene. Nachdem noch der Stadtr.-Obmann Frey gesprochen, gelangt die Vorlage zur Annahme.

Die Errichtung eines Facharbeitsnachweises für das Metallgewerbe. Die Vorlage wird vom Bürgermeister Sauer begründet. Ein Änderungsvorschlag des Stadtr. Dr. Arienau (Dem.) geht dahin, daß neben der Ortsstelle des Metallarbeiterverbandes auch die anderen Metallarbeiterfachverbände hinzugezogen werden. Wie sich der Metallarbeiterverband dazu stellen werde, weiß er nicht. Der Änderungsvorschlag wird vom Stadtr. Strobel (Ztr.) einabgemittelt, er hält ihn besonders des-

Die Reichsbesoldungs- und die Lage der Reichs- Staats- und Gemeinde-Beamten.

Ueber dieses äußerst aktuelle Thema spricht morgen Samstag nachmittags 1/4 Uhr im großen Festhallsaal in Karlsruhe

Oberpostsekretär Willi Steinkopf

Mitglied der Nationalversammlung. Steinkopf ist der berufene Vertreter der Beamten. Steinkopf hat bei Beratung der Besoldungsordnung in der Nationalversammlung die führende Rolle inne-

Reichs-, Staats- u. Gemeindebeamte! Arbeiter und Angestellte!

Erscheint in Massen in der Versammlung!



halb für berechtigt, weil der Facharbeitsnachweis auf neutralem Boden stehen muß. Er gibt jedoch zu, daß 99,99 Prozent der Metallarbeiter Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind. — Stadtr. Obmann Frey spricht sich für die Stadtratslage aus. — Stadtr. Gen. Rothweiler begrüßt die Vorlage und bedauert, daß durch den Antrag des Stadtr. Strobel die Einigung gefährdet wird, insbesondere da der christliche und kirchliche Verband mit der Lösung zufrieden sind. Der Metallarbeiterverband zählt hier 5800 Mitglieder, während die anderen Verbände 160 Mitglieder haben. Ob der Metallarbeiterverband bei Annahme des Abänderungsantrages noch ein Interesse am Arbeitsnachweis hat, ist fraglich, er wird schließlich seinen eigenen Arbeitsnachweis errichten. Der wirtschaftliche Friede verlangt die Annahme der stadträtischen Vorlage. — Stadtr. Dr. Arienau ist für die Stadtratsvorlage. Auch er bezeichnet, wie Gen. Rothweiler, das Entgegenkommen des Metallarbeiterverbandes als ein Opfer desselben. — Stadtr. Fridert (U.S.P.) begrüßt es, daß diesmal die Errichtung eines Facharbeitsnachweises so schnell vor sich ging. Bei dem Hauptgewerkschaften-Facharbeitsnachweis ging es seinerzeit langsamer und die Lösung war keine befriedigende. — Stadtr. Sphaer (Ztr.) wünscht, daß der Grundbaß „Freie Bahn dem Nichtigen“ gelten muß. — Stadtr. Neumann (Dem.) bezeichnet den Standpunkt des Metallarbeiterverbandes als Weltfriedenspolitik. Vor dem Vorgehen des Stadtrats darf nicht zurückgedrängt werden. — Stadtr. Strauß (U.S.P.) tritt für die Vorlage ein. — Bürgermeister Sauer gibt dahingehend Aufklärung, daß die Befreiung der Vermittlungsstelle durch den D. M. A. nicht von dessen Beitrag bedingt ist, der von den Organisationen deshalb gefordert werde, um sie für die Institution zu interessieren. Er bitte um Annahme der Vorlage, die soeben ohne Abänderung mit Mehrheit angenommen wird.

Die Vorlage Ernennung eines Stadtrechners fand debattierbare Annahme. Die weitere Vorlage betrifft die Verleihung der Ansehensberechtigung an die Professoren Dr. v. Bez und Dr. Stark, der beiden leihenden Verträge am 1. Juli. — Stadtr. Weiß (D.M.) ist gegen die Vorlage, schon aus Gründen der Konjunktur. — Auch die Stadtr. Heinsheimer (Dem.) und Sturm (Ztr.) können sich aus gleichen Gründen für die Vorlage nicht befremden. — Bürgermeister Dr. Sauer gibt auf Befragen die Auskunft, daß auch in anderen Städten Ansehensberechtigung in solchen Fällen bestche. Nachdem noch Stadtr.-Obmann Dr. Frey, Stadtr. Gen. Beck und Bürgermeister Sauer zur Vorlage gesprochen, findet dieselbe gegen 3 Stimmen der Deutschnationalen Annahme.

Die Vorlage Dienstverträge mit Kfz. Beamten findet debattierbare einstimmige Annahme, ebenfalls die Errichtung einer Beschäftigungsstelle für Erwerbsbeschäftigte und Erwerbslose. Der nächste Punkt betrifft die Herstellung von Sportplätzen. Bürgermeister Dr. Meinschmidt begründet die Vorlage. Er bezeichnet das Wohlwollen mit den Vereinen für die Stadt günstig und wendet sich gegen die Einwände des Stadtr. Sphaer (Ztr.) und gegen die Sportplätze für die Vereine „Südtrier 1906“, Freie Turnerschaft, Concordia, Verein für Bewegungsspiele, Veierheimer Fußballverein, Fußball- und Turnverein und Kathol. Jünglingsverein Grünwinkel. Die Stadterhaltung behält sich die Mitbenützung durch die Schulen vor. Gefordert werden 119 500 M. — Stadtr. Wittmann (Ztr.) ist für die Vorlage und kritisiert auch die Auswüchse des Sports. — Für die sozialdem. Fraktion erklärt Gen. Beck die Zustimmung und wendet sich ebenfalls gegen die Sportplätze. Wir wollen keinen einseitigen, sondern gefunden Sport, der Körper und Geist stärkt. Militärischen Zwecken zuliebe lehnen wir den Sport ab. Redner verlangt des weiteren, daß endlich einmal das Städt. Amt für Leibesübungen errichtet wird und wendet sich sodann gegen die Zurückziehung der Freien Turnerschaft bei der Herrichtung der Plätze und gegen die ungeliebte Preispolitik, welche die Stadt den Vereinen gegenüber offenbart. Um die Sportplätze sollte eine lebende Umgestaltung errichtet werden. — Stadtr. Sphaer (D.M.) kann sich aus ernährungsrechtlichen Gründen für die Vorlage nicht erörtern. Er empfiehlt eine bessere Beachtung des alten deutschen Sports, wie Turnen, Schwimmen ufo. Ebenfalls traten für die Vorlage ein die Stadtr. Dr. Sella (Dem.) und Strauß (U.S.P.).

Am 1/8 Uhr stellten die Pressevertreter ihre Tätigkeit ein. Die Vorlage fand, wie uns berichtet wird, einstimmige Annahme.

Auch die Erwerbung des Friedhofes wurde einstimmig angenommen. Die Sozialdemokraten stellten hierzu Anträge auf Herabsetzung der übermäßig hohen Wäberpreise, die jedoch geschäftsordnungsgemäß nicht behandelt werden konnten. Der Stadtrat hat Prüfung der Anträge zugefagt. Weitere Vorlagen betrafen den Verkauf von städt. Gelände, sowie eine Veränderung des Gemeindefiskus über Herstellung und Unterhaltung der Fahrwege ufo. Auch sie fanden Annahme. — Damit war Schluß der Sitzung.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 21. Mai.

Aufhebung der Marmeladenbewirtschaftung. Mit Genehmigung der zuständigen Regierungsstellen ist, wie die „F. R. N.“ erfahren, die Marmeladenbewirtschaftung in der Weise aufgehoben worden, daß den Fabriken die Herstellung und der Absatz von Marmelade vollständig freigegeben werden. Die bestehenden Höchstpreise sind aufgehoben worden.

Die Reichsgesellschaft für Obstkonzerne und Marmelade m. b. H. wird für den Rest des laufenden Wirtschaftsjahres nur noch den Zucker an die Marmeladenfabriken verteilen und eine Kontrolle über die Verwendung des Zuckers ausüben. Ueber die Zusammenziehung der Marmelade und über den Zuckergehalt sind keine Vorschriften erlassen worden.

Die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe findet am Samstag 29. Mai, vormittags 9 Uhr im großen Rathhousaal hier statt. Die Tagesordnung umfaßt: 1. Wahl des Vorsitzenden, eines Stellvertreters und zweier Schriftführer. 2. Bericht des Kreisvorstandes über die unter Ziffer 2 bis 16 der Kreisverordnungen bezeichneten Gegenstände. 3. Prüfung und Verbessehung der Rechnung der Kreisstelle für 1919 und Wahl der Rechnungsprüfungskommission. 4. Prüfung und Verbessehung der Rechnung der Kreispflegeanstalt Düb für 1918. 5. Wahl eines Kreisvertraters und eines Stellvertreters in den Ausschuß des bad. Viehverversicherungsverbandes. Die Tagung ist öffentlich, jedoch Jedermann auf der Galerie des Rathhousaales zuhören kann.

Vollsbühne Karlsruhe. Die Vorstellung am Freitag, den 21. Mai, beginnt um halb sieben (6 3/4) Uhr. Die Vorstellung trägt die Bezeichnung A 2. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß für die Mitglieder der Vollsbühne lediglich der Stempel auf der Rückseite der Karten die betreffende Vorstellung anzeigt, auf der sie gelten. So haben am Freitag nur die Karten mit der Bezeichnung A 2 Gültigkeit. Unbenützte Karten können für eine spätere Vorstellung nicht verwendet werden. — In der Eröffnungsfeier, in der zum erstenmal auch die Vorderbühne der Konzerthausbühne benützt wurde, bewährte sich diese Neuerung auf das Günstigste. Die bisher stets beanstandete schlechte Akustik ist vollständig beseitigt. Auf den letzten Plätzen hört man jetzt ebensogut wie in der Mitte des Hauses. Auch das Bühnenbild hat eine vorteilhafte Verbesserung durch die Benützung der Vorderbühne erfahren. — Es sei hier nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß zu jeder Vorstellung für die Vollsbühne für den allgemeinen Verlauf Plätze aller Plakarten zur Verfügung stehen.

Sozialdemokratischer Verein. An unsere Bezirksabteilung ergeht die dringende Aufforderung, die in ihrem Besitz sich befindenden alten Wählerlisten sofort an den Unterzeichneten abzuliefern, um die Nachträge berichtigen zu können. G. Schwerdt, Wilhelmstraße 76.

Sozialdemokratische Partei — Bezirk Ruppurr. Am Freitagabend findet abends 8 Uhr im „Lamm“ unsere erste öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Medaetter Schöppflin spricht über „Die Bedeutung des 6. Juni“. Genossen, agitiert für starken Besuch!

Grünwinkel. Samstag, 22. Mai, abends 8 Uhr, findet im Saale zur „Lokalbahn“ eine Wählerversammlung statt. Referenten sind Parteisekretär Gen. Trinks und Genossin Specht (Karlsruhe). Wir erziehen die Genossen, für zahlreichem Besuch zu sorgen, besonders aber müssen die Frauen auf diese Versammlung aufmerksam gemacht werden.

Zugverkehr an Pfingsten. Erstmals seit 1914 wird auf den badischen Eisenbahnen und den benachbarten Linien der württembergischen, pfälzischen, preussisch-schlesischen und bayerischen Staatsbahnen wieder ein regerer Verkehr über die Pfingstfeiertage einkehren. Die beteiligten Eisenbahnverwaltungen, welche kürzlich diesbezüglich in Heidelberg getagt, haben beschlossen, von Pfingst-Samstag ab bis Montag zahlreiche Vor- und Ergänzungszüge einzulegen mit entsprechenden Anschlüssen auf die Nachbarbahnen. Diese Ergänzungszüge erstrecken sich sowohl auf die Haupt- wie auf die Nebenlinien; sie werden in Stationsabstand meistens als Vorzüge geführt.

Kindererholungsheim Heuberg. Die Folge des jahrelangen Hungerzustandes machen sich bei der Schuljugend in beängstigender Weise geltend. Nicht allein, daß viele Kinder schwächlich und unterernährt sind, es ist vor allen Dingen eine ungeheure Verbreitung der Scrophulose zu beobachten, die als ein Vorstadium der Tuberkulose aufzufassen ist. Volksschulen und höhere Schulen sind in gleicher Weise davon ergriffen. Mindestens 50 Prozent aller Kinder der größeren Städte müssen nach den Ergebnissen der Tuberkuloseforschung als tuberkulös infiziert gelten. Es ist ein glücklicher Gedanke der badischen Regierung gewesen, für ein Kindererholungsheim im großen Stille zu sorgen. Der Truppenübungsplatz Heuberg soll diesem Zwecke dienlich gemacht werden. Badische und württembergische Städte haben sich zusammengeschlossen, um für die Jugend aller Stände hier in herrlicher fruchtiger Luft bei reichlicher und guter Ernährung ein Sommererholungsheim zu gründen. — Herr Stadtschulrat Dr. Pauli wird am nächsten Freitag im kleinen Festhallsaal abends 1/9 Uhr einen Lichtbildervortrag über das Kindererholungsheim Heuberg halten. Es ergeht an alle Eltern der Auf, sich durch diesen Vortrag genaue Auskunft über alle Einzelheiten der Kindererholung auf den Heuberg zu beschaffen.

Die Friseurgeschulen und die Pfingstfeiertage. Von den Arbeitnehmern im Friseurgewerbe wird uns geschrieben, daß laut einstimmigem Beschluß der letzten Versammlung am 19. d. M. über die beiden Pfingstfeiertage von den Geschäften nicht gearbeitet wird.

Stadtgartenkonzert. Morgen Samstag nachmittags von halb 4 Uhr ab konzertiert das Orchester des Musikvereins Karlsruhe wieder im Stadtgarten. Hierzu wurde ein besonders gemächliches Programm aufgestellt. Unter anderem die große Fantasie aus der Oper „Traviata“ — Hornquartette von Ait und Schubert — eine Fantasie für Trompeten-Solo — Ungarische Tanzweisen — ufo. Den Besuchern kann eine angenehme Unterhaltung vorausgesetzt werden. Daß von seiten der Stadterhaltung diesem Orchester stets die Samstag-Nachmittags-Konzerte zugewiesen werden, ist ein Beweis für seine Leistungsfähigkeit.

Konzert. Die Pianistin Luise Wock (Darmstadt) gibt im Verein mit Konzertmeister Wilhelm Schubert (Mainz) am Donnerstag, 28. Mai, im Eintrachtsaal ein Konzert. Es gelangen Werke von Bach, Brahms, Neger und Weismann zum Vortrag. Die geschäftliche Leitung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fröh Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße; Telefon 388.

Mißhandlung. Im Inseratenteil sucht ein Kriegsbefähigter, dessen Frau Ede Fröbel und Gartenstraße am 17. Mai, mittags 2 Uhr, schwer mißhandelt wurde, weitere Zeugen des Voralles. Dieselben wollen ihre Adressen an Herrn Fr. Weber, Kaiserstraße 207, oder der Kriminalpolizei mitteilen.

Unfall. Im Rheinhafen hier wurden gestern vormittags in der Werkstraße ein Fuhrwerk der französischen Besatzungstruppen beim Ueberfahren der Gleise von einem abgelenkten Eisenbahnwagen angefahren. Hierbei wurden dem Pferde beide Hinterbeine abgefahren, so daß es getötet werden mußte.

Zum drohenden Ärztestreik in der Krankenkassenpraxis

wird uns von berufener Seite zur Aufklärung mitgeteilt:

Die Verbände der Ärzte und der Krankenkassen haben nach langwierigen Verhandlungen am 9. Dezember 1919 mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ein Tarifabkommen geschlossen und in Baden trat ein entsprechender Mantelvertrag vom 17. Januar 1920 ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab in Kraft. Auf dieser Grundlage wurden dann die ins Stadium geratenen örtlichen Vertragsverhandlungen fortgesetzt. Sie wurden meist nicht abgeschlossen, weil die Ärzte auf Weisung ihres Verbandes alsbald mit einem 50prozentigen Aufschlag auf die Tariffähre hervortraten. Die Ärzteorganisation forderte gleichfalls diesen Aufschlag, ohne sich auf eine Verhandlung darüber einzulassen.

Da kam die Verordnung vom 1. April 1920 über Heraushebung der Grundlöhne und der Versicherungsgrenze und mit ihr ein Schreiben des Leipziger Verbandes der Ärzte vom 19. April 1920 an die Krankenkassenverbände, in dem Folgendes erklärt wird:

„Nachdem durch die Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht usw. die Grundlagen für das Tarifabkommen vom 9. Dezember 1919 usw. beseitigt sind, halten wir neue Vereinbarungen für dringend notwendig.“

Gleichzeitig wurde ein Verbandsbeschluss des Leipziger Verbandes mitgeteilt, wonach die Ärzte zum Austritt von den abgeschlossenen Verträgen gemäß § 236 BGB. veranlaßt werden sollten. Die Ärztevereine haben dieser Weisung mit wenigen Ausnahmen entsprochen. Damit ist ein allgemeiner Ärztestreik ohne jeden Versuch vorheriger Verständigung und ohne überhaupt Forderungen zu stellen, angebahnt worden.

Unter dem Druck dieser härtesten Drohung trafen sich die Vertreter der Kassenverbände am 18. Mai ds. J. mit denen der Ärzte in Leipzig. Die Ärzte verlangten zunächst Verhandlung der Forderung nach restloser Durchführung der freien Arztwahl, während die Kassenvertreter nur gleichzeitig auch über die Honorarfrage verhandeln wollten. Die Kassenvertreter gaben dabei die Erklärung ab, daß das Vorgehen der Ärzte einen Vertragsbruch bedeutet und einen vertragslosen Zustand im ganzen Reich herbeiführen soll, wogegen die Krankenkassen Verwahrung einlegen.

In der Honorarfrage wurde als Äquivalent für den Fortfall der Privatpraxis und als Folge der erhöhten Einnahmen der Kassen Folgendes durch die Ärzte gefordert:

300% Aufschlag auf die Sätze des Tarifabkommens vom 9. Dezember 1919, und zwar für den Besuch 12 M., für die Beratung 8 M., Sonderleistungen mit einem Aufschlag von 50% auf die Gebühren des Leipziger Verbandes, Begrenzung der Besuche und Beratungen mit fünf Leistungen vierteljährlich auf den Krankheitsfall; mehr als 60 Leistungen am Tage werden dem Arzte nicht bezahlt. Der überschüssende Betrag kommt den anderen Kassenärzten zugute. Wegfall jeder Bezahlung nach Bauhöhe. Trennung der Wegegebühren nach Unkosten und Zeitverhältnis; Entschädigung nach Kilometer, die örtlich zu veranschlagen ist.

Nach eingehender geforderter Beratung gaben die Kassenvertreter die folgende Erklärung ab:

1. Zur Förderung der organisierten freien Arztwahl: Eine Verpflichtung der Kassenverbände den Kassen die freie Arztwahl aufzuzwingen, kann nicht übernommen werden, doch steht es den Kassen frei, sie im Einvernehmen mit ihren Ärzten einzuführen.

2. Zu den Honorarforderungen: Die Honorarforderungen sind so gehalten, daß eine Verhandlung darüber die Möglichkeit einer Verständigung ausschließt. Im einzelnen wird noch betont: Die Kaufkraft der Kassenverbände in der Honorarfrage auf vier Leistungen für den Krankheitsfall muß bei Bezahlung nach Einzelleistungen bestehen bleiben. Keine Trennung der Wegegebühren. Zur Entscheidung über die strittigen Punkte der Honorarbedingungen wird ein paritätisch besetztes Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers vorgeschlagen.

Diese Beschlüsse sind von allen anwesenden Kassenvertretern einstimmig gefaßt worden. Die Ärzte gaben hierzu keine Erklärung ab, sondern wünschten Befanngabe eines Angebots der Kassenverbände in der Honorarfrage. Hierzu haben sich die Kassenvertreter aufgestellt. Sie seien zur Bewilligung angemessener Honorare bereit, der Vorschlag der Ärzte sei jedoch keine geeignete Verhandlungsbasis. Sie brachen daher die Verhandlung ab, indem sie der Hoffnung Ausdruck gaben, daß es in absehbarer Zeit noch zu einer Verständigung kommen werde. Die Kassenverbände haben sofort die Vermittlung des Reichsarbeitsministers angerufen und die sofortige Einberufung eines Schiedsgerichts beantragt.

Die lokalen Verhältnisse liegen nun so, daß bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts die örtlichen Vertragsverhandlungen ruhen. Würden die Ärzte es ablehnen, für die Kassen tätig zu sein, so müßte ein Antrag nach § 370 R.S.O. gestellt werden.

Wollen die Ärzte die Art an die Wurzeln der Krankenversicherung legen, dadurch, daß sie eine Entschädigung bis zu 480 M. für den den Tag fordern, dann werden sie die Krankenkassen in geschlossener Front auf dem Boden finden. Auch die Kassenmitglieder werden die ganze Größe der Gefahr schnell erkennen. Von der Befehdung fordern die Krankenkassen nachdrücklichsten Schutz vor der Vernichtung der Krankenversicherung.

Jugend und Sport.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Wir bitten die Ortsgruppen Vulsch, Bruchsal, Durlach, Göttingen, Eßlingen und Nordheim die neuen Nachrichtenblätter bei Gen. Coblenz, Schützenstraße 37 4., Karlsruhe abholen zu lassen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, 5. Bezirk. Den Genossen zur Nachricht, daß die Gauwanderfahrt nach Neustadt a. S. nicht am 18. Juni, sondern am 11. Juli stattfindet, da der 18. Juni vom Bund für den 2. Werbebezirkstag freigehalten ist. Deshalb können der 8. und 5. Bezirk ihre Bezirkssitzungen am 18. Juni veranstalten. Alle Bundesgenossen wollen sich den fraglichen Tag freihalten, sowie Sorge tragen, daß die Veranstaltungen für unsere Sportbewegung den agitatorischen Erfolg bringen.

Freie Turnerschaft Aue I — Schwannemannschaft Germania Aue I 3:3. Um 8 Uhr traten am Sonntag die ehemaligen Germanen gegen die Freien Turner zum Propaganda-Spiel an. Nach schönem Verlauf und interessanten Momenten wurde obiges Resultat erzielt. Hervorzuheben ist besonders der brillante Halbfinale der Germanen, der auch die drei Tore unhaltsbar eintrank. Nach der Pause hatte der Schiedsrichter schwere Arbeit dem äußerst scharfen Spiel Herr zu werden.

An die Arbeiter-Turn- und Sportvereine! Es wird allen Arbeiter-Turn- und Sportvereinen des 2. Bezirks zur Pflicht

gemacht, soweit sie an den nächsten Serienjahren für Fußball teilnehmen wollen, befähigte Schiedsrichter zu ernennen und ihre Adresse an den Obmann der Schiedsrichter-Vereinigung, Georg Gärtner, Aue b. Durlach, Lindenstr. 11, gelangen zu lassen. Zur Schiedsrichter-Prüfung, die in nächster Zeit stattfinden wird (Datum wird noch bekannt gegeben) hat jede Fußballabteilung zwei Turngenossen, die schon als Schiedsrichter tätig waren, zu entsenden. Zur Prüfung werden nur solche Schiedsrichter zugelassen, die nur in Arbeiter-Turn- und Sportvereinen als Schiedsrichter fungieren.

Valuta-Bericht vom 20. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz erfuhr heute wieder eine beträchtliche Steigerung und notierte etwa 12,75 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 16,20 M. per holl. Gulden; Schweiz etwa 7,85 M. per schw. Fr.; England etwa 170 M. per Pfund Sterling; Frankreich etwa 8,17 M. per frz. Fr.; Reichsmark etwa 44 M. per Dollar.

Letzte Nachrichten.

Weibehaltung der Zwangswirtschaft für Getreide. Berlin, 19. Mai. (Privattelegramm.) Der Reichsrat nahm am Mittwochabend die neue Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 an. In dieser Verordnung wird an der Zwangsbewirtschaftung sämtlicher Getreidearten festgehalten; auch der Hafer unterliegt wiederum der Zwangswirtschaft.

Die Teuerung in England.

Amsterdam, 20. Mai. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Heute hat die Kampagne der Arbeiterpartei gegen die hohen Preise begonnen.

Internationale Handelskammerkonferenz.

Paris, 20. Mai. Die erste Versammlung der internationalen Handelskammern fand gestern hier statt. Clemenceau begrüßte die anwesenden Delegierten und verwies auf die Notwendigkeit, gute Handelsbeziehungen herzustellen.

Schleifung: Georg Södyßtn, Verantwortlich für Artikel, Politische Überlicht und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 258, geht. 3; Rehl 339, geht. 3; Razau 514, geht. 5; Mannheim 422, geht. 3 Zentimeter.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Naturfreunde.) kommenden Sonntag Abfahrt 5 Uhr. Fahrtrasse Orienberg. Wegen Durstfrage folgende Tour: Orienberg, Brandel, Moos, Oppman, Altheimer, Geisraungrub, Lucanböfen. 3:17

Karlsruhe (Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität.) Pfingstsonntag Vereinsausfahrt nach dem Murgkraftwerk. Tagesstour. Abfahrt 10 Uhr vom Kriegerdenkmal. Der Vorstand.

Naturfreunde Gau Baden. Die Ortsgruppen Vulsch, Bruchsal, Nordheim, Eßlingen, Durlach, Göttingen, werden gebeten, das neue Nachrichtenblatt abzuholen. 2713

UNSERE PFINGSTGABE!

- BIS PFINGSTEN

20% RABATT AUF ALLE KÄUFE.

GROSSE AUSWAHL BRAUNER MODELLE:

SALAMANDER

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe

Samstag, 22. Mai, nachm. 1/2 Uhr
im großen Saale der städt. Festhalle

Große öffentliche

Beamten-Versammlung

Tagesordnung:
„Die Lage der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten im Lichte der Reichsbeförderungsordnung.“

Referent: Herr Willi Steinkopf, Ober-Postsekretär aus Königsberg, Mitglied der National-Versammlung.

Hierzu sind die Beamten und Beamtinnen aller Verufe und Zweige freundlichst eingeladen.

Beamte und Beamtinnen erscheint in Massen! Es spricht ein Kollege zu Euch!

Freie Aussprache!

Eintritt 1 M. einschl. Einlagegebühr. Der Vorstand.

Phorosan-Heilanstalt
für Haut- u. Geschlechtskranke
Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St.
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren.
Heilung — ohne Berufsstörung — in kürzester Zeit möglich. Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hauterkrankungen.
Aerztliche Leitung Dr. med. v. Asten.
Getrennte Wartezimmer. 1205
Sprechstunden: Werktags: 1/2 II — 1/2 VI, Dienstags keine Sprechstunde, Sonntags 10 — 1 Uhr.

Achtung! Achtung!
Von heute ab kommen täglich frische 3722

Nordsee-Fische
zum Verkauf, äußerst billige Preise.

Fischhalle,
22 Schützenstraße 22. Karlsruhe-Stadt.

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Kaufe!
zu höchsten Preisen
Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe und Betten. Zuschrift. erb. an
S. Ugelrad
Eisenbahnstr. 32. 2077

Reise-Proviant
größte Auswahl bei
Hans Kissel
Kaiserstraße 150. 2714

Aluminium! Aluminium!

Ausnahme - Angebot!

Auf meine bekannt vorteilhaften und billigen Preise biete ich, voraussichtlich nur auf kurze Zeit, inofolge Entgegenkommens meiner 10% Rabatt. Lieferanten, auf sämtl. Waren.

Ich empfehle von diesem Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen, da die Gelegenheit nicht bald wiederkehren dürfte.

Aluminium-Spezial-Geschäft
Gustav Nürnberger
Waldstrasse 26 (neben Resi-Kino). 2610

**Freie Turnerschaft
Karlsruhe e. V.**

Pfingst-Wanderung
Pfingstsonntag, den 23. Mai
des gesamten Vereins. Treffpunkt vormittags 1/8 Uhr
am Eingang zum Schlossgarten, Baldhornstraße.
Von dort durch den Wald nach Stutensee.
Rundbrot für Tagesstour mitnehmen.

Familien-Ausflug
Pfingstmontag, den 24. Mai
nach Durlach in die Festhalle. Dortselbst Familien-
Unterhaltung mit Tanz.
Um zahlreiche Beteiligung aller Vereinsange-
hörigen wird ersucht.
Der Turnrat.

**Sängerbund Vorwärts
Karlsruhe**

**Familien-Unterhaltung
mit Tanz.**
Wir laden hierzu unsere Mitglieder und deren
Angehörige, sowie Freunde des Vereins ergebenst ein
und sehen einem zahlreichen Besuch entgegen.
Mitgliedsausweis mitbringen!
Die Verwaltung.

**F. C. Frankonia
Karlsruhe e. V.**

**Sportpl. Durlach. Allee
Straßenbahn-Halte-
stelle am Schlachthof.**

**Samstag Abend 8 Uhr
Spielerversammlung
im Schlachthof**

**Pfingstsonntag 1920
nachm. 1/2 Uhr
I. Mannschaft in Dur-
lach geg. Germania I.**

**A.H. vormitt. 9 Uhr in
Grötzingen.**

**Auf unserem Platze:
Olympia I. und III.
gegen**

**Frankonia II. und IV.
Beginn 3 bzw. 1 Uhr.
Schüler-Mannschaft
1/2 Uhr gegen V.A.B.**

**Pfingstmontag
auf unserem Platze
Südd. F. C.
Stuttgart
gegen**

**Frankonia
I. Mannsch. 3 Uhr,
A.H. 1/2 Uhr.**

Frankkuch & C.
Für
**Kindererziehung:
Milch-
Süß-Speise**
ca. 1/10 Milch
ca. 1/10 Zucker
ca. 1/10 Grieß
250 Gramm-Paket
Kart 3.25

**Rakao-
Milch-
Süßspeise**
ca. 1/10 Zucker
ca. 1/10 Milch
ca. 1/10 Kakao
ca. 1/10 Grieß
ca. 1/10 Rahm
250 Gramm-Paket
Kart 5.50

**Städt. Badenanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe**

Medizin. Bäder.
Fichtennadel-Salz
(Rappenaauer oder
Staassfurter).
Mutterlauge und
Schwefel- (Thio-
pinol-)Bäder.
Badezeit f. Herren
u. Damen: Vorm.
von 9-1 Uhr und
nachm. v. 2 1/2-7 1/2
Uhr. Samstags bis
8 1/2 Uhr.
An/Sonn- und Feler-
tagen geschlossen.

**F.-C. Mühlburg
e. V. 3140**

**Eigener Sportplatz an der
Donjellstraße.**
Jed. Montag, Dienstag
u. Donnerstag Fußball-
Training.
Jeden Mittwoch abend
Leichtathletik-Training.
Stammtisch in der Weiden-
halle.

**Samstag, 22. Mai 1920
zu Ehren der Beiziger
Gäste gemütliches Bei-
sammensein in der „Danke“.
Ankunft der Gäste morgens
10.00 am Hauptbahnhof.**

**Wacker
Leipzig**

**Alt-Mitteldeutscher
Meister.**
Vorher spielt die A. D.
Mannschaft gegen Knie-
lingen u. S.
1 b Mannschaft in Zwei-
brücken, Speyer u. Oppan.
Abfahrt Samstag Mittag
4.30 Wühlburger Bahnhof.
4. Mannschaft in Edlingen
Abfahrt 1.05 Uhr.
5. und 6. Mannschaft in
Wörth. 3716
1. Schüler-Mannschaft in
Blantenloch.
Abends gemütliches Bei-
sammensein mit den Gästen
in der Weidenhalle.
Pfingstmontag,
den 24. Mai 1920
Besichtigung der Stadt u.
Rheinhöfen mit den Gästen,
anschließend Frühstücken.
Auf unserem Platze:
3., 4. und 5. Mannschaft
gegen Aue 1., 2. und 3.

**Am Pfingst-Samstag
den 22. Mai 1920**

bleiben die Geschäftsräume der
unterzeichneten Banken und Bankiers

geschlossen!

Badische Bank
Veit L. Homburger
Mitteldeutsche Creditbank
Rheinische Creditbank

Straus & Co.
Süddeutsche Disconto-
Gesellschaft
Vereinsbank Karlsruhe
e. G. m. b. H. 3656

**Brauerei Moninger
Karlsruhe**

Telephon: Versand Nr 78 Verwaltung Nr 244

3654

Volksbühne-Konzerthaus.
Freitag, den 21. Mai 1920. 1365
A 2. Othello
Trauerspiel in fünf Akten von Shakespeare.
Anfang 6 1/2 Uhr. Mk. 9.70 Ende nach 1/2 10 Uhr.

Badisches Landestheater.
Freitag, den 21. Mai 1920 1364
Salome
Drama in einem Aufzuge von Richard Straus.
Anfang 7 1/2 Uhr. Mk. 12.- Ende 9 Uhr.

Dr. med. Otto Bloos
Friedenstr. 8
hält bis auf Weiteres nur nachmittags
von 5-6 Uhr
Sprechstunde. 3711

**Aushilfen
zum Servieren für Sonntags
gesucht. 972**
Städt. Arbeitsamt
Abteilung f. das Hotel- u. Wirtsgewerbe
Zähringerstr. 98 Fernspr. 5270.

**VORTEILHAFT KAUFEN SIE
STÖCKE, SCHIRME
UND PFEIFEN**

**BEIM FACHMANN
FRANZ DORNHEIM
DRECHSLERMEISTER, SCHÜTZENSTR. 38
ERSTKLASSIGE REPARATURWERKSTÄTTE**

**Kinderwagen
Promenadewagen
Klappwagen
Sportwagen**
in einfacher bis feinsten Ausführung
zu äußerst billigen Preisen.
Kinderwagen- und
Korbwarenhaus **Otto Weber**
Schützenstraße 20.

Nur

ein tadelloses
Mittel ist zur
Pflege der teu-
eren Schuhe ge-
eignet. Besser
als billig ist gut

und das ist

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Radfahrer!
Fahrad- u. Motorrad-
Räder 3604
werden repariert und
balkenisiert in
Wietingheim, Kirchenstr. 65.
Anlauf geb. Räder.

**K.F.C. PHÖNIX
PHÖNIX - ALEMANNIA**

Übungen
wie gewöhnlich.

Bieren
1000 Rädchen A. 250 frei
Masch.-Garn
100 Rollen A. 230 frei.
Berndshaus „Wotz“
Berndshaus S. 3224

Bak-Phönix I
Zuvor Junioren unter
14 Jahren gegen F.G.
Eppingen Junioren.
Nach dem Spielen
Herren-Abend.
Sonntag, d. 23. Mai,
1/2 Fasanen-Garten.

Schmucksachen
aller Art und 2206
Pfandscheine
werden stets angekauft in
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Jun. A - Welschneureuth
II. in Hockenheim
IV. in St. Georgen und
Haslach 3727
V. in Rastatt
VI. und VII. in Rastatt
und Maximiliansau
Junior. B in Daxlanden
Jun. C in Weingarten.
Montag, 24. Mai 2 Uhr
Sp.-Vg.-Baden-Baden - Phönix II.
3 1/2 Uhr:
Utrecht Holland - Phönix I
Abends 7 Uhr
Familien-Abend.

**Karlsruher
Fußball-Verein.
e. V.**

**Schweizer
Zwieback**
per Pak. 4.25
Kart 4.25

Schirmherr:
Prinz Max v. Baden.
Geschäftsstelle:
Zirkel 29. Tel. 1193.

**Schokoladen
-Tunke**
Frühstücks-
Getränk
ca. 1/10 Zucker
ca. 1/10 Milch
ca. 1/10 Kakao
ca. 1/10 Kartoffel-
mehl
250 Gramm-Paket
Kart 4.-

**I. Mannschaft am Pfing-
sten und folgenden Ta-
gen in Hamburg-Altona
und im Rheinland.**

**Radolf-Hafer-
Kakao**
das 1/2 Pf.-Paket
Kart 5.80
Maispudding
in verschiedenen
Packungen.

**Sonntag,
den 23. Mai 1920**

**Eröffnung der
Tennisspielzeit**
Die Plätze sind ab
Samstag, den 22. d.
M., 4 Uhr nachm.,
zur Benützung frei-
gegeben. 3715

**II. Mannschaft in
Dillingen a. Saar.**

**1. Mannschaft in
Sinsheim.**

**1. Mannschaft in
Pforzheim gegen
B.-Sp.-C.**

**2. Mannschaft in
Pforzheim gegen
B.-Sp.-C.**

**Montag,
den 24. Mai 1920**

**II. Mannschaft in
Fraulautern i. Saar-
gebiet.**